

Heiligendamm 2007

Von der frischen Brise zum Gegenwind



Von der frischen Brise zum Gegenwind Neue Ufer für Attac?

Beiwort 3

intro

Von der frischen Brise zum Gegenwind 4

rückblick

Gemeinsamer Erfolg trotz Differenzen 6

Kritikdebatte in und zu Attac 9

Attac - Neue Ufer nach G8? 12

Der G 8-Prozess als erfolgreiche politische Imagination 15

ausblick

G8 – Wem gehört die Welt? 20

Von der Globalisierung zur Kapitalismuskritik 22

Energiedemokratie und die Enteignung der Stromkonzerne 25

Redaktion:

Heinrich Piotrowski, Anja Dressler, Mathis Heinrich, Kay Schulze

Die Texte geben die Meinung der AutorInnen, nicht Gesamt-Attacs wieder.

Satz und Gestaltung:

heinrich-p, Kay Schulze

Copyright:

Bei den AutorInnen.

Webseiten:

www.attac.de/debatten/pages/gipfelproteste.php (Download dieser Textsammlung)

www.attac.de/g8 (mehr Infos)

Gewidmet unserem politischen Mitstreiter Heinrich in dankbarer Erinnerung.

Beiwort

Die G8-Gipfelproteste – ihr Verlauf, ihre Chancen und Konflikte – sind innerhalb Attacs an vielen Stellen breit diskutiert worden – mit Wirkungen auf das gesamte Netzwerk u.a. auf der Sommerakademie in Fulda und dem Ratschlag in Gladbeck.

Ursprünglich sollte schon früh eine Textsammlung dazu erscheinen, gewissermaßen der dritte G8-Reader. Aus vielerlei, darunter auch sehr tragischen, Gründen konnte dieser Reader nicht fertig gestellt werden. Dennoch wurden dafür eigens einige Texte verfasst, die zwar teilweise kontrovers sein mögen, aber gerade darum nicht in der Schublade verschwinden sollten. Damit die Arbeit nicht ganz umsonst war, habe ich mich entschieden, diese Aufsätze – formal in Anlehnung an das ursprüngliche Readerkonzept unterteilt – doch noch zusammen- und als PDF auf unserer „G8-Diskurs-Seite“ zur Verfügung zu stellen. Layouterisch ist das Ganze enorm abgespeckt, auf einige Schmankerl der Entstehungsgeschichte wie z.B. die rohe Titelseite mochte ich dann aber doch nicht verzichten.

Die meisten Texte wurden bereits im August verfasst und greifen daher die jüngsten Beschlüsse und Entwicklungen innerhalb Attacs nicht auf. Dennoch dürften sie m.E. für diejenigen, die sich ein möglichst umfassendes Bild der Mobilisierungspraxis und –Diskurse machen möchten, weiterhin von Interesse sein.

Wir wünschen viel Spaß und Gewinn beim Nachlesen!

Wer noch ein „richtiges“ und vollendetes Glanz- und Erinnerungsstück über die Gipfelproteste sucht, ist hingegen mit unserem G8-Bildband bestens bedient. Einfach mal im Attac-Webshop schauen: www.attac.de/material .

Von

der frischen Bris

Eine Chronik der G8-Mobilisierung bei Attac

Noch nie zuvor hat es in der Republik so ein breites Bündnis der Bewegungen gegeben wie zum G8-Gipfel 2007. Immerhin an die zwei Jahre dauerten die Vorbereitungen auf die Gipfelproteste. Das allmähliche Sich-Annähern, Kennenlernen und gemeinsame-Arbeitsgruppen-Bilden nahm dabei viel Raum in Anspruch. Es gab eine Art Bewegungsbündnis, daneben einen Arbeitskreis aus Nichtregierungsorganisationen und ab Mitte 2006 ein regelmäßiges „Plattform“-Treffen, das sich als übergreifende Arbeitsgruppe etablierte. Diese diente nicht nur dem Informationsaustausch, hieraus wurden auch die zweite und dritte „Rostock-Konferenz“ organisiert, bei denen jeweils mehrere 100 TeilnehmerInnen ihre „Choreographie des Widerstandes“ abstimmten und ihre Aktionen und Pläne fortentwickelten. Die erste Rostock-Konferenz fand schon im März 2006 statt und gilt mit ihrer legendären Aufbruchstimmung als Startschuss für die spektrenübergreifende Zusammenarbeit. Dank dieser Vielfalt an Beteiligten, der Menge an Themen und den koordinierten Aktionen ist in Heiligendamm 2007 Bewegungsgeschichte geschrieben worden. Von deren Ergebnissen und (Lern-) Erfahrungen werden wir noch lange profitieren.

Attac vereint als globalisierungskritisches Netzwerk einen erheblichen Teil der G8-mobilisierenden Einzelpersonen und Gruppen in seinen eigenen Reihen. Diese Scharnierfunktion und unsere damit einhergehende Organisationskultur waren uns Anlass, den Bündnisprozess als solchen mit viel Energie und Initiative voranzutreiben. Nicht alle Vorhaben trugen die erhofften Früchte; so gelang es beispielsweise nicht, den DGB oder andere Gewerkschaften zu einer offiziellen G8-kritischen Mitarbeit zu bewegen.

Dagegen ist es gerade auch dem Engagement von Attacis zu verdanken, dass die G8-Plattform zustande kam und fort bestand.

Doch Attac ist auch Bewegung. Auf den Sommerakademien, Ratschlägen und zahlreichen Arbeitstreffen konstituierte sich die Attac-Projektgruppe G8, die sich – ab Mai 2006 von mir hauptamtlich unterstützt – mit um die „Kommunikation nach Innen“ verdient machte. Die G8-Mobilisierung entwickelte sich so zu einem auch Attac-internen Wachstums- und Bildungsprozess.

In der gemeinsamen Veranstaltungsdatenbank stehen rund 300 Termine, die von Attacis angemeldet oder mitorganisiert wurden. Um die 40 lokalen Attac-Gruppen wurden von uns aus dem Bundesbüro unterstützt oder haben sich mit Aktivitäten gemeldet. Wie immer bleibt die Dunkelziffer unbekannt.

Zusätzlich zu den obligatorischen Workshops auf bundesweiten Veranstaltungen startete die Gruppenunterstützung mit einer kleinen Tour durch Mecklenburg-Vorpommern im Juni 2006. Es stellte sich schnell heraus, dass G8 zwar schon als Thema wahrgenommen wurde, lokal aber hinter dringlicheren Tagesgeschäften deutlich zurück stand. So kam auch unsere ReferentInnenvermittlung nur stockend ins Rollen. Dies änderte sich schlagartig mit dem Jahreswechsel: Nicht nur, dass sich die Informations- und Mobilisierungsangebote auf lokaler Ebene überschlugen. Die von Attac mitorganisierten Aktionsworkshops im Januar und Mai sowie die „Gruppenunterstützung on tour“, bei der erfahrene TrainerInnen den interessierten Gruppen methodisches Handwerkzeug beibrachten, wurden gerne in Anspruch genommen. Unseren ReferentInnenpool konnten wir mit einer „G8-MultiplikatorInnen-

intro

se zum Gegenwind

schulung“ etwas aufstocken; dennoch konnten im Mai leider nicht mehr alle Anfragen bedient werden. Das mochte auch daran liegen, dass sich ein Teil der G8-Projektgruppe zu der Zeit auf einer erneuten Reise durch die Ostseeregion befand, um der dortigen Bevölkerung unsere Ziele und unser Politikverständnis zu erklären.

Außerdem gab es eine Reihe bundesweiter Aktionen und Diskussionsveranstaltungen. Besonders hervorzuheben sind die Themenreihe des NGO-Arbeitskreises, u.a. zum Thema „Globale Soziale Rechte“ Ende Februar 2007, die Demonstration gegen das Treffen der G7-Finanzminister Anfang Februar in Essen sowie der hervorragend besuchte Kongress McPlanet.com „Klima der Gerechtigkeit“ im Mai.

Ab Juni 2006 wuchs Stück für Stück ein umfassender Pool an G8-Informations- und Mobilisierungsmaterialien. Der G8-Flyer, von manchen als „bester Flyer, den Attac hergestellt hat“ bezeichnet, brachte es bei fünf jeweils aktualisierten Auflagen auf mehr als 100.000 Stück. Als sehr beliebt erwiesen sich auch die G8-Broschüren, der Basistext und unsere bunten „Factsheets“ mit inhaltlichen Kurzeinführungen. Auf den meisten Materialien prangte der Gegenwind-Wimpel, eine hübsche und augenfällige Idee, unser Motto zu verbildlichen.

Die frühzeitige Vorarbeit zahlte sich aus: Anfang 2007 konnten Attac-Gruppen mit diesen Materialien in die Vollen gehen – in den Folgemonaten kamen noch Aufkleber, die Unterschriftensammlung, Postkarten und schließlich die G8-Massenzeitung hinzu.

In Sachen Aktionen machten uns die Gruppen hingegen vieles vor: Unvergessen bleiben der „G8zilla“, der Gipfelproteste-Karnevalszug oder lokale Verteilaktionen mit subversivem, selbst erstelltem Material. Aus der

Projektgruppe heraus wurde dafür das „Club-In“ erstellt und angeboten, eine Performanceaktion, die das umzäunte G8-Luxus-Treffen auf dem heimischen Marktplatz erlebbar machte. Ab Mitte März tourte das „reisende Atelier widerständiger Alternativen“ durch die Republik, eine Aktion, bei der Attacis und interessierte PassantInnen angeleitet von zwei Künstlerinnen ihre Kritik an den G8 auf Bannern oder als Straßentheater umsetzten. Die Ergebnisse dieser Arbeit bildeten zusammen mit den Einsendungen zum Aufruf „MailArt am Zaun“ die Galerie, die bei der Kunstdemo am 1. Juni am Zaun hängend besichtigt werden konnte. Begeistert aufgegriffen wurden schließlich auch der G8-Kinospot und das Mobilisierungsvideo, ersteres geschenkt vom Tatort-Regisseur Thomas Bohn, letzteres als Gemeinschaftsproduktion erstellt von der Move-against-G8-Gruppe. Beide wurden in zahlreichen Kinos vorgeführt sowie zur Untermauerung eigener Mobilisierungsveranstaltungen genutzt.

Ein erheblicher Anteil unserer Mobilisierungsbestrebungen galt den G8-Sonderzügen. Natürlich würde die Mehrheit der G8-KritikerInnen mit Bussen nach Rostock fahren (müssen). Und doch war seit der Begeisterung über den Evianzug klar: Die Sonderzüge sind schon ein gemeinschaftsstiftendes und öffentlichkeitswirksames Ereignis an sich. Kaum jemand wird ohne eigene Erfahrungen nachvollziehen können, was es für eine Arbeit macht, die Züge aus Basel, Bonn und Salzburg zu organisieren, koordinieren und zu bewerben – eine Aufgabe, die unser Sonderzugkoordinator Daniel Kersting bravourös gemeistert hat. Natürlich wären die Züge niemals voll geworden ohne die zahlreichen Ortsgruppen, die kräftig die Werbetrommel rührten, auch schon mal Tickets

bezuschussten und das Zugprogramm gestalteten. Den begeisterten MitfahrerInnen nach zu urteilen, hat sich die Mühe voll gelohnt.

Alle diese Vorhaben hätten nicht so gut geklappt ohne unsere umfassende Internetpräsenz und viel Kommunikation – auf praktisch allen verfügbaren Kanälen. Sie hätten aber auch nicht gut geklappt ohne umfangreiches finanzielles Engagement. Attac trug maßgeblichen Anteil an den Ausgaben der Gipfelproteste. Zum gemeinsamen Kulturprogramm „Move against G8“, zur Großdemonstration oder auch zu den Rostock-Konferenzen im Vorfeld haben wir den größten Batzen dazu gelegt. Auch für die lokale Infrastruktur wie den Camps Rostock und Reddelich, der Protestschule oder einfach nur diversen Strom-, Telefon- und Wasseranschlüssen hat Attac finanzielle Verantwortung übernommen. Dieses Engagement hat es ermöglicht, die Gipfelwoche zu einem großen und breiten Protestevent zu machen – und damit unsere G8- und Globalisierungskritik ins Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit zu rücken. Dieses Engagement war und ist das Engagement von Zehntausenden Aktiver, Mitglieder und SpenderInnen. Ihre Aktivitäten und Beiträge haben die Gipfelproteste lebendig und auf friedlichem Wege erfolgreich gemacht. Wenn das kein gutes Omen für die Zukunft ist! Wir freuen uns sehr über diese großartigen Leistungen – und auf unsere kommende gemeinsame, politische Arbeit!

Kay Schulze

mit herzlichem Dank an meine drei KollegInnen aus dem G8-Team im Bundesbüro: Katrin Schu, Sarah Lena Jensen und Daniel Kersting.

Gemeinsamer Erfolg trotz Differenzen

rückblick

Die Zahlen allein schon geben einen Eindruck davon, was seit der ersten Juniwoche anders ist: Achtzigtausend Menschen haben an der internationalen Großdemonstration gegen den G8 in Rostock teilgenommen, mehr als zwanzigtausend sind während der Aktionswoche in der Region geblieben und weit über zehntausend haben sich an den Blockaden beteiligt. Erstmals wurde ein G8-Gipfel in seinem Ablauf tatsächlich gestört, die Versorgung musste zeitweise nach Notfallplänen organisiert werden. Damit ist die globalisierungskritische Massenmobilisierung auch in Deutschland angekommen. Heiligendamm 2007 wird zukünftig in einer Reihe mit Seattle und Genua genannt werden.

Dabei war der Erfolg durchaus bis zum Schluss ungewiss. Das aufrufende Bündnis war streng genommen gar keines. Die beteiligten Gruppen deckten ein so breites Spektrum ab, dass sie ein formales Bündnis ausdrücklich ablehnten. Während sich die traditionellen kirchlichen Bündnispartner der Bewegung wie etwa die großen Friedensverbände eher zurückgehalten hatten, waren mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst oder Brot für die Welt Teile der institutionellen Kirche

involviert. Die setzten naturgemäß eher auf Gespräch und Vorschläge für eine andere Politik als auf Delegitimierung. Auch eine ganze Zahl von größeren Nichtregierungsorganisationen, die zu Beginn der Mobilisierung noch einen eigenständigen Kreis zur Vorbereitung gemeinsamer Aktionen gebildet hatten, entschied sich letztlich für diesen Kurs. Sie organisierten im Vorfeld zusammen mit der Bundesregierung eine zweitägige Veranstaltung unter dem Titel „Civil G8“, wo sie mit den G8-Regierungen ihre Inhalte diskutierten.

Die öffentliche Aufmerksamkeit war nicht sehr groß und die Kritik leise. Fast alle akzeptierten, dass viele NGOs sich so entschieden hatten, ohne ihre Position zu teilen. Die verbleibenden Organisationen bildeten den Koordinierungskreis G8, der zwar tatsächliche Beteiligung einbüßte, aber dennoch als Austauschplattform bis weit in das Dissidentnetzwerk hinein funktionierte. Die tatsächliche Vorbereitungsarbeit aber geschah nicht dort, sondern in den einzelnen „Modulen“, also den thematischen Aktionstage, der Großdemonstration, dem Alternativgipfel, der Camping AG, etc. So konnte durch eine unterschiedliche Zusammenset-

zung der Einzelbündnisse die Arbeitsfähigkeit für alle gewährleistet werden. Das geschah allerdings auf Kosten der Verbindlichkeit, da jedeR sich nur für die Bereiche engagierte, wo man direkt drinsteckte. Vor allem die Finanzierung ist damit bis heute nicht für alle Module wirklich geklärt.

Auch eine gemeinsame Einschätzung der Chancen und Notwendigkeiten fand nicht wirklich statt, so dass vor allem Großdemonstration und Camps nicht von allen Beteiligten die nötige Aufmerksamkeit erfuhren. Während der Aktionen selbst relativierte sich dieses Manko aber wieder. Das war ganz wesentlich dem Umstand geschuldet, dass jeden Vormittag eine gemeinsame Pressekonferenz durchgeführt wurde, zu der ein breiter Kreis einlud. Dieser war auch in der Lage, einige Widersprüche und Krisen zu entschärfen, auch wenn er keine gemeinsamen Positionen formulierte, sondern lediglich für die einzelnen Akteure einen Ort schuf, in je ihrem eigenen Namen aufzutreten.

So kam es trotz deutlicher Unterschiede nicht zur offenen Spaltung. Das Bündnis, das keines war, hat gehalten. Bemerkenswert ist das auch deshalb, weil Organisationen dabei waren, die sehr spezialisierte Themenstellungen und keine entwickelte Bündnispraxis haben, wie etwa Greenpeace, oder die ihrerseits eng mit großen NGO verbunden sind, wie etwa erlassjahr.de oder die Welthandelskampagne. Netzwerke wie Attac oder die Interventionistische Linke, die selbst über ein sehr breites Organisierungsspektrum verfügen, sind allerdings intern teilweise unter erheblichen Druck geraten, der sich in einigen widersprüchlichen Stellungnahmen auch öffentlich niederschlug. Die politische Gesamtkonstellation der letzten Mobilisierungswochen war nämlich durch eine Kampagne der Regierungsrechten für eine massive Verschärfung der Sicherheitspolitik geprägt. Es hatte unter der Verantwortung von BKA und Bundesanwaltschaft umfassende Durchsuchungen bei linken Projekten und Personen gegeben, der Vorwurf Bildung einer terroristischen Vereinigung war offensichtlich konstruiert. Dennoch tat sich ein Teil der Gruppen schwer mit kritischen Stellungnahmen. Einige Akteuren fürchteten offensichtlich, dass an den Vorwürfen etwas dran

sein könnte oder wollten nicht in eine Debatte um ein ihnen fern stehendes politisches Spektrum hineingezogen werden.

Die öffentliche Meinung kippte, als keinerlei belastendes Material gefunden und keine Festnahmen durchgeführt wurden. Das ganze Manöver war als Angriff auf das Demonstrationsrecht erkennbar und sogar Heiner Geißler trat aus diesem Grund Attac bei. Man kann davon ja ansonsten halten, was man will, diese Debatte war damit öffentlich gewonnen, ohne dass die Verunsicherung aufgehoben worden wäre. Dennoch bekam die Mobilisierung erheblichen Schwung.



Das hat die Gesamtzahlen sicher nach oben getrieben, aber gleichzeitig ein Problem geschaffen. Einige argumentieren völlig zu recht, dass staatliche Sicherheitsapparate ein Interesse an Gewaltbildern in Rostock haben mussten. Das war nicht nur an den erwähnen und anderen Aktionen der Bundespolizei erkennbar, sondern auch am widersprüchlichen Verhalten der für das Demonstrationsrecht zuständigen Polizeisonderkommission „Kavala“. Während die Kooperation mit dem Veranstalterkreis für die Großdemo gut und umfassend war, wurden Camps und Sternmarsch von Anfang an schikaniert, letzterer schließlich ganz verboten, ebenso wie alle Ersatzanmeldungen.

Auch während der Demo war dieses widersprüchliche Polizeiverhalten deutlich. Während der Demonstrationzüge selbst war die Polizei nur

mit schwachen Kräften sichtbar, die Einsatzleitung war für die Demonstrationsleitung erreichbar, Probleme wie über den Auftaktkundgebungen kreisende Hubschrauber der Bundespolizei wurden geregelt. Das kippte nach den Vorfällen auf dem Platz der Abschlusskundgebung. Zwar steht eine exakte Rekonstruktion der Abläufe noch aus, aber die Eskalation setzte ein, nachdem DemoteilnehmerInnen zwei mit ihrem Auto auf dem Platz stehende Verkehrspolizisten angegriffen hatten. Polizeieinheiten trugen sofort zur Verschärfung bei, völlig Unbeteiligte wurden in die Geschehnisse hineingezogen, nach einer Weile wurden

Wasserwerfer gegen große Teile der Kundgebung eingesetzt, fuhren auf den Platz. Es spricht einiges dafür, dass die Polizei so wie später für die Blockaden beweisen auch bei der Demonstration Spitzel und Agents Provocateurs auf dem Platz hatte.

Aber so sehr dieses Polizeiverhalten zu benennen und zu kritisieren ist, so sehr Bilder, wie sie dann später durch die Medien gingen, auch dem Interesse des Bundesinnenministeriums und anderer entsprechen, es reicht als Erklärung nicht aus, weil es den an den Ereignissen beteiligten DemonstrantInnen den Status als politische Akteure nimmt. Zwar ist nicht auszuschließen, dass auch weniger politisch motivierte als nur einfach gerade auf Krawall gebürstete Personen beteiligt waren. Aber es gibt eben auch ein Spektrum, das solche Aktionen für richtig und notwendig hält. Das muss man

nicht gut finden, ist aber angesichts der Gewaltverhältnisse in der Welt unvermeidlich und international Realität bei allen Großmobilisierungen.

Unsere Erwartung im Vorfeld, dass die nicht organisiert bei der Demo auftreten würden, weil es nirgendwo eine entsprechende Ankündigung gegeben hatte, war eine Fehleinschätzung. Ich nehme nicht an, dass man das Agieren der Beteiligten hätte ganz verhindern können, aber eine direkte politische Debatte mit ihnen über den Charakter der Demonstration wäre notwendig gewesen. Da waren Kinderwagen und Rollstühle und ich halte es für verantwortungslos, aus einer solchen Umgebung heraus auch dann noch die Auseinandersetzungen fortzusetzen und die Polizei anzugreifen, wenn sie den Platz verlassen hat. Das genau war mehrfach der Fall.

Durch nichts zu rechtfertigen ist auch der massive Angriff auf die Verkehrspolizisten. Wir alle haben als Veranstalter der Demo und die il als Aufruferin zum Block „make capitalism history“ eine Verantwortung für den Charakter der Demonstration und wir müssen zukünftig noch genauer darauf achten, dass der nicht so leicht enteignet werden kann. Dennoch bleibt zu betonen, dass wir diese Fehler gemeinsam gemacht haben. Es gab keinen Bruch der Absprachen durch daran Beteiligte. Es gab keinen „Schwarzen Block“, der randaliert hat und von dem man sich abgrenzen müsste. Über 90 Prozent des makecapitalism-history-Blocks haben so agiert, wie es vorher vereinbart war. Alle anderen Vorwürfe entbehren jeder Grundlage.

Im Laufe der Woche haben dann gerade diejenigen politischen Kräfte, die diesen Block wesentlich mit getragen haben, ihre Verantwortlichkeit beweisen. Die Demonstrationen am Sonntag (globale Landwirtschaft) und am Montag (Migration) fanden in einer sehr schwierigen Atmosphäre statt. Die PolizistInnen waren aufgehetzt, Lügenzitate (Redner hätten gefordert, „den Krieg in die Demo zu tragen“ oder die Demoleitung habe zum Steineschmeißen aufgerufen) waren ihnen vorgesetzt worden und das gesamte Agieren blieb provokativ. Es gab zahllose Übergriffe, aber auch Widersprüche, wenn etwa der Einsatzleiter vor Ort keine Vermummten sah, der Hubschrauberpilot dagegen mehr

als zweitausend. Nur der Ruhe und Disziplin der DemonstrantInnen ist es zu verdanken, dass es nicht zu erneuten Auseinandersetzungen kam.

Die JournalistInnen merkten das zum Teil schon am Montag und Dienstag. Die Polizeiführung tat mit ständiger Desinformation ihr Teil dazu und am Mittwoch kippte die Stimmung. Über zehntausend Leute gingen in die Blockaden, umliefen die Polizei in breiten Reihen, die völlig desorientiert war, und machten Heiligendamm komplett dicht. Zwar wurde abends eine Zufahrt von dreien wieder geräumt, aber am Donnerstag erneut geschlossen. Hier kam es auch wieder zu überhartem Vorgehen der Polizei. Gleichzeitig machte Greenpeace eine Aktion im Sperrgebiet auf der Ostsee, so dass auch von dieser Seite her der Tagungsort eingeschlossen war. Am Donnerstag Morgen war das Zeitungsbild einheitlich: Die Bewegung hatte die Diskurshegemonie zurückgewonnen.

Dabei waren es wieder die Teilnehmenden selbst, die eine beeindruckende Haltung zeigten. Vorsichtige Diskussionsansätze, die Blockade am Mittwoch Abend zu beenden („den politischen Erfolg kann uns keiner mehr nehmen und wer weiß, was die Polizei heute Nacht noch alles macht“), wurden vor allem von den jungen AktivistInnen empört zurückgewiesen: „Ihr habt gesagt, wir sind gekommen um zu bleiben. Und jetzt bleiben wir!“

Dabei waren im Vorfeld durchaus Zweifel am Gelingen vorhanden gewesen. Vor allem Teile des Attac-Kokreises hatten Angst vor Eskalationsrisiken in den Blockaden. Das Block G8- Bündnis reagierte darauf sehr umsichtig: In richtiger Wahrnehmung der entschlossenen Stimmung hielten sie an ihrem Aktionskonzept fest, verstärkten aber die Bemühungen, den lange diskutierten Konsens über den nicht eskalierenden Charakter der Aktion bekannt zu machen. Viele Diskussionen in den Camps, Aktionstrainings und klare öffentliche Aussagen („wenn die Polizei zu sehr eskaliert, brechen wir ab“) stellten für alle Beteiligten Klarheit her. Andere Aktionskonzepte waren zeitgleich, aber räumlich getrennt, möglich. Auch die anwesenden Attacies plädierten in überwältigender Mehrheit für die Teilnahme.

Insgesamt geht also die Bewegung gestärkt aus den Aktionen hervor:

Massenmobilisierung in Deutschland ist möglich ohne den Apparat und die Finanzstärke einer Großorganisation. Und innerhalb der Bewegung ist es der aktionsorientierte Teil, der gewinnt: Camps und Blockaden hielten über ein Viertel der DemonstrantInnen vom 2. Juni in der Region. Schließlich haben sich in diesem Spektrum die linksradikalen Ansätze bewährt, die auf Selbstbewusstsein, Massenhaftigkeit und genaue Vorbereitung gesetzt hatten. Nun werden die Beteiligten wie etwa die il zeigen müssen, dass sie Strukturen aufbauen können, die den anstehenden Aufgaben und Chancen gewachsen sind.

Werner Rätz

*(Aus: Analyse & Kritik
Nr. 518 / Ausgabe 8/07)*

Der G8-Protest und die Kritik an Attac

Die erfolgreiche Mobilisierung zu den G8-Protesten hat Attac nicht nur viele neue Freunde und Mitglieder eingebracht, sondern auch jede Menge Kritik. In wie weit diese berechtigt oder gar dringend notwendig ist, darüber gehen auch in Attac die Meinungen auseinander. Es ist daher schon fast überflüssig, darauf hinzuweisen, dass auch dieser Artikel grundsätzlich nur einen kleinen Ausschnitt des Meinungsspektrums in Attac darstellen kann und vor allem die subjektive Einschätzung des Autors widerspiegelt. Der Vollständigkeit halber sei dies aber hiermit trotzdem vorangeschickt.

Besonders viele Vorwürfe wurden Attac bezüglich seiner Reaktion auf die Ausschreitungen am Ende der Demo in Rostock gemacht. Die sog. Gewaltfrage ist seit jeher eine der klassischen Spaltungsfragen sozialer Bewegungen. Dabei geht es nicht nur darum, in wie weit Gewalt zur Erreichung politischer Ziele befürwortet wird, sondern auch darum, ob Befürworter trotzdem als Teil der Bewegung angesehen werden. Attac hat bezüglich des eigenen Umgangs mit Gewalt eine eindeutige Position: Zum Attac-Konsens gehört, dass wir als Attac Gewalt unter den Umständen, wie sie gegenwärtig in Deutschland herrschen, als Mittel der politischen Auseinandersetzung klar ablehnen. Veränderungen in Richtung emanzipatorischer Politik lassen sich nur erreichen, wenn wir möglichst viele Menschen von unseren Ideen und Konzepten überzeugen. Steinwürfe sind da kontraproduktiv. Sie isolieren uns in der Öffentlichkeit und haben den Effekt, dass uns niemand mehr zuhört.

Dazu, wie damit umzugehen ist, wenn andere Gewalt ausüben, gibt es allerdings keinen Konsens. Die einen fordern eine strikte Abgrenzung. Wer selbst Gewalt anwende, schreibe den



anderen die Wahl der Mittel vor. Das dürfe deshalb nicht toleriert werden. Friedlicher Protest werde dann in der Öffentlichkeit nicht mehr wahrgenommen und viele würden sich nicht mehr auf Veranstaltungen trauen, wenn sie dort Angst um Leib und Leben haben müssten. VertreterInnen dieser Position fordern daher, aktiv gegen Gewalttäter vorzugehen und sicherzustellen, dass sie eigenen Veranstaltungen fernbleiben, ähnlich wie das auch mit Neonazis geschieht (ohne damit meist beide Personengruppen auf eine Stufe stellen zu wollen).

Andere wenden dagegen ein, dass es in der globalisierungskritischen Bewegung nun mal eine Fraktion gäbe, die den „Riot“ als politisches Konzept propagiere. Je mehr man mit erhobenem Zeigefinger diese Menschen öffentlich für ihre Taten kritisiere, um so weniger sei mit ihnen hinterher eine produktive politische Auseinandersetzung über Aktionsformen möglich. Sich nach außen all zu lautstark zu distanzieren, sei daher kontraproduktiv. Mit die-

sen Menschen müsse man sich zwar bewegungsintern politisch auseinandersetzen, ganz zu verhindern, dass es zu Ausschreitungen komme, sei aber ohnehin nicht möglich. In den letzten Jahren habe man das an vielen Orten rund um den Globus immer wieder sehen können. Dabei gibt es häufig auch Befürchtungen, dass eine allzu defensive Reaktion auf Ausschreitungen dazu führen könne, dass man irgendwann überhaupt nicht mehr demonstrieren könne.

Schließlich gibt es noch die Position, die es prinzipiell für legitim hält, wenn andere gewalttätigen Widerstand propagieren oder durchführen. Wenn große Konzerne weltweit die Rohstoffe anderer Länder ausplünderten und dabei in vielen Ländern für politische Repression bis hin zum Mord mitverantwortlich seien, dann müsse gegen diese auch hierzulande eine härtere Gangart an den Tag gelegt werden. Wenn von Deutschland aus Menschen in Länder abgeschoben würden, in denen sie möglicherweise mit dem Tod bedroht

seien, dann sei auch dagegen militanter Widerstand notwendig. Viele sehen auch in Polizeiübergriffen auf friedliche DemonstrantInnen, wie sie auch in Rostock zu beobachten waren, einen Grund zurückzuschlagen oder haben zumindest Verständnis, wenn sich Menschen dadurch zu entsprechenden Taten hinreißen lassen. Dabei sind auch Anhänger dieser Position meist nicht Befürworter jeder Form von blinder Gewalt, sondern argumentieren mit Kontexten, auf die es ankäme.

Schon während des Vorbereitungsprozesses gerieten vor allem die erste und die letzte der hier dargestellten Positionen immer wieder in Konflikt. In den Medien machten einige führende Attac-VertreterInnen keine gute Figur, als sie GewaltbefürworterInnen wiederholt sinngemäß als eine zu vernachlässigende Minderheit irrationaler Spinner hinstellten. Attac wurde damals der Adressat einiger offener Briefe, in denen sich vor allem Gruppen der Interventionistischen Linken bitter über das Auftreten von Attac in den Medien beklagten.

Als es dann in Rostock zu den gewalttätigen Auseinandersetzungen am Ende der Demo kam, scheinen nicht wenige ihre bereits vorhandenen Vorurteile über die jeweils andere Seite bestätigt gesehen zu haben. Obwohl zum Teil bis heute unklar ist, was tatsächlich die Randalie ausgelöst hat, gab es erstaunlich schnell Erklärungen, auch von Attac, in denen sich für die Gewalt entschuldigt und die Verantwortung dafür vor allem den Demonstrierenden zugeschoben wurde. Gleichzeitig wurde der Polizei, zumindest anfangs, ein im großen und ganzen um Deeskalation bemühtes Vorgehen attestiert. Die andere Seite begann schnell, mit Ausnahme einiger weniger Erklärungen zu Beginn, die zur Absetzung eines Pressesprechers führten, die Ausschreitungen entweder öffentlich zu rechtfertigen, kleinzureden oder die Verantwortung dafür allein der Polizei in die Schuhe zu schieben.

Wer die damaligen Attac-Erklärungen kritisiert, sollte bedenken, dass in einem solchen Moment Aussagen unter großem Zeitdruck und einem Mangel an Information gemacht werden. Würde man einfach schweigen, bis man einen besseren Überblick hat, würde das auch bedeuten, dem politischen Gegnern die alleinige Deutungshoheit

über die im Umlauf befindlichen Bilder zu überlassen. Auch das kann nicht in unserem Interesse sein. Und so berechtigt dann trotz allem die Kritik an manchen Äußerungen einzelner Attac-VertreterInnen auch gewesen sein mag, so wenig wurde häufig zur Kenntnis genommen, dass es in Attac, inklusive seinem Koordinierungskreis, dazu sehr unterschiedliche Positionen gab und gibt. Eine erste Erklärung zu den Vorfällen musste deswegen sogar kurz nach ihrer ersten Veröffentlichung wieder zurückgezogen und durch eine andere ersetzt werden. Wer sich einmal die Mühe macht und einzelne Statements nachrecherchiert, die nach der Demo gefallen sind, der wird, je nachdem, wer gerade gefragt wurde, erhebliche Unterschiede feststellen, gerade was die Zuordnung von KoKreis-Mitgliedern zu den anfangs genannten Positionen angeht. Mittlerweile beteiligt sich Attac an einer ganzen Reihe von Aktivitäten, die versuchen, Licht in das Dunkel zu bringen. So wurde mit einigen Bündnispartnern u.a. in Berlin eine große Anhörung veranstaltet, in der es darum ging, was während der G8-Proteste tatsächlich geschah.

Auch KritikerInnen von Attac schossen in dieser Situation häufig weit über das Ziel hinaus. Als Beckstein z.B. Attac öffentlich aufforderte, Randalierer den Behörden zu melden, wozu sich in Attac nie jemand bereit erklärte, breitete sich dies rasch in der Form als Gerücht aus, als würde es sich dabei um eine Attac-Ankündigung und nicht um eine Beckstein-Forderung handeln. Was sich zum Teil in den Camps abspielte, auch wenn dies nur von einer verschwindend geringen Minderheit ausging, war ebenfalls alles andere als akzeptabel. Mehrmals wurden Attac-Fahnen verbrannt, in Reddelich verabschiedete man sogar eine Erklärung, in der man Attac für Äußerungen von jemand kritisierte, den man irrtümlich für einen Attac-Sprecher hielt, obwohl er Sprecher einer ganz anderen Organisation ist und bei Attac überhaupt nicht aktiv.

Außerdem darf nicht kleingeredet werden, dass der Ausbruch der Randalie auch einer kleinen Minderheit von DemoteilnehmerInnen sehr willkommen war, die sich nur allzu gern an den Ausschreitungen beteiligte. Sie tat das bewusst gegen den Wunsch des Demobündnisses und der überwälti-

genden Mehrheit der Teilnehmenden, die sich explizit eine gewaltfreie Demo wünschten. Nicht wer kritisiert, dass auf einer Demonstration, in der auch viele Familien mit kleinen Kindern und Menschen im Rollstuhl unterwegs waren, am Straßenrand abgestellte Polizeifahrzeuge angegriffen wurde, sich zurückziehenden Einsatzkräften nachgesetzt und die Feuerwehr mit Steinwürfen am Löschen gehindert wurde, kündigt die Solidarität, sondern diejenigen, die gegen anders lautende Absprachen diese Taten vollbringen. Dabei sind die vielen Steine, die lediglich andere Demonstrierende trafen, noch gar nicht angesprochen.

Diese kleine Minderheit rechtfertigte später ihre Haltung damit, man habe einen Antagonismus zum herrschenden, kapitalistischen System zum Ausdruck bringen müssen, um zu verhindern, dass der Protest von Kräften vereinnahmt werde, die verhindern wollen, dass radikaler Widerstand deutlich zum Ausdruck kommt. In dieser Begründung zeigt sich eine radikal andere Einschätzung, wie Gesellschaft funktioniert und Veränderungen erkämpft werden können. Während Attac davon ausgeht, dass es nötig und möglich ist, mit harter Überzeugungsarbeit viele Menschen für die eigenen Vorstellungen zu begeistern und so gesellschaftliche Mehrheiten zu erreichen, scheinen andere dem Glauben anzuhängen, dass sich das System nur mit Gewalt gegen den heftigen Widerstand der bisherigen Profiteure und ihrer Helfershelfer verändern lässt. Dazu scheint es nach dieser Argumentation notwendig zu sein, mit gutem Beispiel durch entschlossenen gewaltbereiten Widerstand voranzugehen, damit sich dann andere diesem Vorbild anschließen.

Während diese Position von der überwältigenden Mehrheit abgelehnt wurde, gab es doch sehr unterschiedliche Ansichten darüber, wie mit diesen Menschen umzugehen ist. Während die einen sich dafür entschieden, eine klare Abgrenzungsstrategie zu verfolgen, waren andere der Ansicht, man dürfe den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen und müsse versuchen, mit Argumenten zu überzeugen. Dafür sei Ausgrenzung genau das falsche Mittel.

Schwierig wurde es dann noch mal für viele, die sich in Attac seit langem auf

Bundesebene am G8-Bündnisprozess beteiligten, als es um die Unterstützung und Teilnahme an den Blockaden von Block-G8 ging. Wie im Demobündnis wurde auch hier von Teilen Attacs u.a. eng mit der Interventionistischen Linken zusammengearbeitet. Verständlich, dass einige skeptisch waren, ob eine Bündniskonstellation, die am Samstag die Ausschreitungen nicht verhindern konnte, diesmal einen friedlichen Ablauf garantieren könnte. Auch wenn es hinterher oft behauptet wurde, gab es damals niemand im KoKreis, der die grundsätzliche Beteiligung der Teile von Attac, die Block-G8 von Anfang an unterstützten, in Frage stellen wollte. Es gab aber sehr wohl Stimmen, die als Konsequenz der Vorkommnisse vom Samstag sich dafür einsetzten, innerhalb von Block-G8 dafür zu werben, eine weniger konfrontative Strategie zu verfolgen und die Blockladen auf einem symbolischen Niveau durchzuführen. Der spätere Erfolg gab in der Zwischenzeit all denjenigen Recht, die am ursprünglichen Blockadekonzept nichts ändern wollten. Auch diese Position gab es immer auch innerhalb des Ko-Kreises. Die vielen Gespräche, die nach der Demo am Samstag zwischen vielen AktivistInnen in den Camps geführt wurden, zeigten tatsächlich Wirkung. Sie und die gute Vorbereitung innerhalb von Block-G8 konnten verhindern, dass trotz teilweise heftiger Polizei-Übergriffe abermals Randalbilder die Berichterstattung beherrschten. Statt dessen gab es bunte Bilder entschlossener Block-iererInnen, die nicht wenige Kommentatoren, wie sie so über die Felder zogen, mit mittelalterlichen Bauernarmeen verglichen. Die erfolgreich durchgeführten Blockaden konnten am Ende erreichen, dass der fahle Nachgeschmack, den die Auftaktdemo bei vielen hinterlassen hatte, wieder wettgemacht wurde. Und wie es Erfolg so an sich hat, hatte auch dieser plötzlich viele Väter, auch in Attac. Dazu gehörten zum Teil auch solche, die sich im Vorfeld immer vehement gegen eine Unterstützung ausgesprochen hatten. Hier wäre das nächste Mal ein etwas ehrlicherer und respektvollerer Umgang wünschenswert.

Die G8-Proteste haben meiner Ansicht nach zweierlei gezeigt: Einerseits ist es möglich, dass sehr unterschiedliche Gruppen in einem sehr breiten Bündnis zusammenarbeiten und dabei eine

ganze Menge auf die Beine stellen können. Andererseits sind die Spannungen, die dabei entstehen, nicht zu unterschätzen. Ob die Zusammenarbeit, die es rund um Heiligendamm gegeben hat, die Ausnahme war, die die Regel bestätigt, oder ein Fundament geschaffen hat, das stabil genug ist, mehr darauf aufzubauen, muss die Zukunft zeigen. Möglichkeiten und Grenzen werden schnell deutlich, wenn man sich anschaut, wie in den einzelnen Milieus über die Blockaden gesprochen wird. Während bei der Erinnerung daran einerseits fast alle leuchtende Augen bekommen, betont andererseits die eine Seite vor allem, wie friedlich sie waren, während die andere in den Vordergrund stellt, wie entschlossen sie militanten Widerstand zum Ausdruck brachten. Wenn für die Zukunft daraus mehr werden soll, werden alle Seiten einen Weg finden müssen, mit den dadurch zum

Ausdruck gebrachten Unterschieden sensibel und konstruktiv umzugehen. Denn bei aller Berechtigung, die ein guter Teil der Kritik an Attac hatte, zu einem sollte das nicht führen: Dass da, wo Attac aus gutem Grund andere Positionen vertritt, diese Unterschiede unter den Teppich gekehrt werden.

Stephan Lindner



Attac - neue Ufer nach G8?

Und wohin soll's gehen?
Ein paar Gedankensplitter

Von vielen Beobachtern und aus unterschiedlichen Gründen werden die Proteste gegen den G8-Gipfel 2007 als „wichtiger Schritt nach vorn“, als „Zäsur“, gar als „Meilenstein“ angesehen. Was aber genau ist denn nun anders „nach Heiligendamm“? Welche Chancen und Herausforderung ergeben sich für die Bewegung und wie betrifft das Attac? Wie könnte und sollte Attac damit umgehen?

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass Attac im Großen und Ganzen eine positive Rolle in der Mobilisierung und Zusammenführung verschiedener politischer Milieus rund um den G8-Gipfel gespielt hat.

Attac-Inhalte in Heiligendamm: Ein wenig Bündnisarbeit und politische Leere.

Gerade die Rolle, zu möglichst breiter Bündnisbildung beitragen zu wollen, war eine von Attac selbst proklamierte und auch eingelöste. Anders als erwartet, war aber Attac nicht *das* zentrale Scharnier, moderate Gruppen und Organisationen (wie NGOs, Gewerkschaften, Hilfswerke etc.), radikalere Gruppen (wie Dissent, Interventionistische Linke (IL) und Antifa) und Parteiformationen zusammenzubringen. Vielmehr war Attac nur *eines* von mindestens drei Scharnieren, über die die Bündnisbildung erfolgte. Statt seinerseits die IL in ein Bündnis mit den NGOs etc. einzubinden, musste sich Attac die Rolle als Bündnisschmied mit der sehr proaktiven IL und dem wichtigen Netzwerk Friedenskooperative teilen.

Positiv gewendet bleibt für zukünftige Großmobilisierungen zu hoffen, dass Attac mit den Herausforderungen der

Bündnisbahnung und -bildung nicht allein dasteht und vielleicht zunehmend sogar von anderen Gruppen in dieser Funktion abgelöst wird. Damit wird aber auch ein Problem deutlich, denn Attac hat sein Hauptprofil im Rahmen der G8-Mobilisierung aus genau dieser vermeintlich einzigartigen Scharnierfunktion bezogen. Auch wenn lokale Attac-Gruppen und bundesweite Attac-Zusammenhänge sehr aktiv Mobilisierungsarbeit zu G8 betrieben haben, so fehlte es doch an einem klaren inhaltlichen Profil. Attac war für und gegen alles, worauf man sich in der Breite des Bündnisses verständigen konnte, eine spezifische inhaltliche Attac-Duftmarke gab es aber nicht. So kam es zu der geradezu grotesken Situation, dass die drei von Attac organisierten Sonderzüge, bei zunächst schleppender Nachfrage bis Mitte April, trotz großer finanzieller Risiken schon allein deswegen nicht abgesagt werden konnten, weil sie wirklich das letzte, wenn schon nicht inhaltliche, dann wenigstens organisatorische „Alleinstellungsmerkmal“ von Attac waren.

Anders ausgedrückt: Attac kann seine Unwilligkeit (und vielleicht auch Unfähigkeit), intern klare Prioritäten zu setzen und Themen zu bündeln (und andere Themen mal nicht gleichberechtigt daneben zu stellen) in Zukunft

nicht mehr hinter dem Argument verstecken, man wolle sich als Moderatorin von Bündnisprozessen nicht zu sehr mit einem spezifisch eigenen Profil und eigenen Forderungen aus dem Fenster lehnen.

Neben den vielen positiven Erfahrungen von Rostock und Heiligendamm hat es, wie soll es auch anders sein, auch Probleme gegeben (auf einige davon geht Stephan Lindner in seinem Beitrag ein). Insbesondere Kommunikationsprobleme und Meinungsverschiedenheiten innerhalb des bundesweiten Koordinierungskreises und zwischen diesem und den nach Rostock gekommenen Attac-AktivistInnen sind hier zu nennen. Je nach Auffassung ist man mehr oder weniger der Meinung, diese Probleme seien vor Ort bearbeitet und bewältigt worden. Insbesondere die vorsichtige und zurückrudende Haltung des Ko-Kreises gegenüber den Blockaden unmittelbar nach der Gewalt bei der Demonstration am Samstag unterschied sich stark von der Einschätzung der AktivistInnen in den Camps. Ist diese Differenz und ihre Auflösung zugunsten der Unterstützung für die Blockaden aber nun ein Zeichen von Handlungsfähigkeit oder -unfähigkeit von Gesamt-Attac? Das Beispiel hat klar gezeigt, dass sich ein legitimes Gremium wie der Ko-Kreis dem Votum der Basis, wenn auch widerwillig, vor Ort zu fügen bereit ist. Im Nachhinein war es zweifellos eine richtige Entscheidung, aber was wäre gewesen, wenn die Blockaden nicht so friedlich geblieben wären (abgesehen von der Gewalt und den Provokationen der Polizei)? Hier besteht sicher weiterer Diskussionsbedarf, was die Frage von Legitimation und Entscheidungsbefugnisse verschiedener Akteure in Attac angeht.

Die Proteste gegen den G8-Gipfel haben noch zwei weitere wichtige Fragen aufgeworfen:

1. Bei welchen Anlässen und Gelegenheiten will man weitermachen, wenn es keinen G8-Gipfelzirkus gibt? Und
2. Was sind die dafür geeigneten Aktionsformen?

Ein Jahr nach dem G8-Gipfel in Köln war sieben Jahre vor dem G8 Gipfel in Heiligendamm. Wegen der langen Zwischenräume war es also noch nie eine praktikable Möglichkeit, einfach auf die Selbstläuferdynamik des

nächstens G8-Gipfels im Inland zu vertrauen. Zum Glück konnte man ja zwischendurch auch mal nach Genua, Evian, Gleneagles etc. fahren.

Nach dem Gipfel in Heiligendamm ist aber mehr als fraglich, ob es überhaupt noch Gipfeltreffen dieses Formats und vor allem mit vergleichbarer Medienpräsenz geben wird. Sicher, der G8 2008 in Japan wird sicher stattfinden. Aber ob es 2015 wieder einen G8 oder 2020 einen G13 in Deutschland geben wird, scheint angesichts der peinlichen Bilanz jüngerer Gipfel fast ausgeschlossen. Wenn G8-Gipfel als legitimierende Selbstbeweihräucherungsveranstaltungen der Herrschenden auf dem silbernen Tablett für die Weltpresse nicht mehr funktionieren, werden die Herrschenden sie von sich aus abschaffen. Dann werden Gipfeltreffen zwischen mächtigen Staats- und Regierungschefs (die es sicher weiterhin geben wird) viel weniger pompös, mit viel weniger angreifbarer Symbolik und mit viel kürzerem Vorlauf stattfinden. In diesem Sinne stellen uns erfolgreiche Mobilisierungen mit der Forderung nach dem Ende der G8 vor das Problem, dass wir uns damit vor allem der G8-Gipfel berauben, die für die Mobilisierungskraft und Medienpräsenz der globalisierungskritischen Bewegung von unschätzbarem Wert sind. Die G8 oder GXX wird es dann weiterhin geben, aber es fehlt der symbolische Ort des Kräftemessens.

Früher oder später muss sich die globalisierungskritische Bewegung neue Anlässe und Kristallisationspunkte ihrer Mobilisierung suchen. Das können nur sehr eingeschränkt die Sozialforen sein, denn ihnen fehlt die direkte Konfrontation mit der Herrschaft. Deutlich besser geeignet scheinen da schon globale Aktionstage, an denen gleichzeitig in verschiedenen Ländern aufeinander bezogene Mobilisierungen gelingen können. Die Bewegungskultur globaler Aktionstage ist aber noch völlig unterentwickelt und hat bisher, von einer gigantischen Ausnahme abgesehen, nicht einmal die Relevanz des UN-Thementag-Kalenders (vom „Welttag der Invaliden“ über den „Welttag des Waldes“ bis zum „Internationalen Tag der Menschenrechte“ etc.). Auch in der globalisierungskritischen Bewegung gibt es weltweit viele Dutzend globaler Aktionstage jedes Jahr, eine Fokussierung erscheint daher dringend geboten.

Einen Schritt in diese Richtung hat der Internationale Rat des Weltsozialforums unternommen, als er anstelle eines WSF 2008 den 26. Januar 2008 als globalen Aktionstag beschlossen hat. Die gigantische Ausnahme in der bisher sonst eher geringen Relevanz globaler Aktionstage war der 15. Februar 2003, als weltweit ca. 20-30 Mio. Menschen gegen den bevorstehenden Irak-Krieg der USA protestierten und „die Weltöffentlichkeit als zweite Supermacht“ geboren wurde. Es ist also ganz offensichtlich möglich, sehr viele Menschen zu mobilisieren, aber im konkreten Fall brauchte es einen global wahrgenommenen Anlass, um eine entsprechende Empörung in Aktionen zu kanalisieren. Es müssen aber nicht immer 20 Mio. sein. Die Blockaden um Heiligendamm haben bewiesen, dass auch 10.000 Menschen mit einer entschlossenen und gut organisierten Aktionsform einen nachhaltigen Eindruck bei der Bevölkerung, bei PolitikerInnen und in den Medien hinterlassen können. Der Schlüssel zum Erfolg war neben der Disziplin der BlockiererInnen die schiere Masse der Beteiligten, denn sie stellten sich nicht nur symbolisch in den Weg, sondern schnitten Heiligendamm auch ganz real weitgehend ab. Die Menge der Beteiligten war aber zudem der effektivste Schutz für jedeN EinzelneN: Nur massenhafter ziviler Ungehorsam erhöht die Chancen, von der Polizei nicht geräumt und auch nicht juristisch belangt zu werden. Ist die kritische Masse an Leuten erstmal versammelt, werden es im Laufe der Zeit immer mehr, weil dadurch die Hemmschwelle zur Teilnahme sinkt. Heiligendamm war, abgesehen von den Castor-Transporten, seit langer Zeit wieder eine Erfahrung von Massenblockaden, an die die Bewegung anknüpfen sollte. Blockaden sind aber für Attac stets ein schwieriges Thema. Selbst wenn man sich innerhalb Attac einig wäre, dass man eine konkrete Blockade befürwortet, so hätte Attac dennoch ein Problem, damit öffentlich medienwirksam aufzutreten. Erstens, weil man als Attac um der Gemeinnützigkeit willen nicht den Eindruck erwecken darf, Attac rufe zu der Blockade auf. Und zweitens, weil das in Frage kommende Spektrum von TeilnehmerInnen an Blockaden sich nicht primär bei Attac tummelt.

Attac sollte mit beiden Problemen offensiv umgehen. Zum einen könnte Attac zusammen mit anderen (z.B. X-tausend mal quer, Block G8) die Entstehung eines kontinuierlichen Netzwerks von blockadebereiten Individuen vorantreiben. Ein solches Netzwerk nach dem Motto „Wir sind der Verfassungsschutz! - Block Repression, free Democracy“ wäre ein sehr wirksames Mittel, um bei bis weit in die Mitte der Bevölkerung gehenden Widerständen (z.B. gegen Hartz IV, Schäubles Demokratieabbau oder Rente mit 67 etc.) eine wirksame Ausdrucksform z.B. zur Blockade von Ministerien oder Verkehrsknotenpunkten zu erreichen. Die zweite Herausforderung erscheint mir dafür umso größer: Wie gewinnt Attac für aktivistische Menschen an Anziehungskraft und kommt vom Image der Alternativen Volkshochschule weg („Nicht nur wissen und reden, sondern handeln!“). Zwar hat Attac nach wie vor ein positives und aktivistisches Medienimages, aber bei aktivistischen Leuten sieht dieses Bild oft anders aus. Sicher, Attac muss und soll ja gerade nicht ein Netzwerk von BlockadeteilnehmerInnen werden. Sollten aber Blockaden in Zukunft zu einer verbreiteteren Aktionsform werden, dann wird es für die politische Glaubwürdigkeit und das Überleben von Attac als Akteur in den Medien notwendig sein, unter den BlockadeteilnehmerInnen überwiegend Sympathie zu genießen.

Jenseit von Blockaden muss aber Attac auch selber aktivistischer werden und, das haben die Blockaden ebenfalls gezeigt, es müssen Aktionen sein, die Spaß machen, bei denen die TeilnehmerInnen einen wie auch immer gearteten symbolischen oder realen Sieg davon tragen können. Ein in diesem Sinne aktivistischeres Profil wäre wohl das beste Mittel, um die oben angemahnten Sympathien in Aktivistinnenkreisen zu erringen.

Damit sind mindestens vier Fragen aufgeworfen, über die in Attac dringend geredet und eine Position entwickelt werden muss.

1. (Wie) Will und kann Attac in Zukunft sein inhaltliches Profil in Bündnissen stärken?
2. Wer darf in brenzligen Situation was entscheiden und wer trägt nachher die politische Verantwortung dafür?

3. Die globalisierungskritische Bewegung muss die Orte und Anlässe ihres Protests in Zukunft stärker selber aussuchen und schaffen. Welche Anlässe sollen es aus Sicht von Attac sein und wie global müssen sie sein?
4. Wie wird die erfolgreiche Erfahrung der Blockaden und die dadurch erworbenen Sympathien der Bewegung fortgesetzt, wobei Attac insgesamt aktivistischer wird und dabei Attac-kompatible Aktionsformen entwickelt werden?

Phillip Hersel

Der G 8-Prozess als erfolgreiche politische Imagination

Zwischen Bilderproduktion, Rekonstruktion der Linken und radikaler Gesellschaftstransformation

Es ist gelungen. Die lange Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm, die sich seit Frühjahr nochmals enorm intensiviert, trug die Anliegen der globalisierungskritischen Bewegung in eine breite Öffentlichkeit und sorgte für innerlinke Verständigungsprozesse. Seit 20 Jahren wurde nicht mehr in einer derartigen Breite kritisch über gesellschaftliche Entwicklungen und Verhältnisse informiert und diskutiert. „Heiligendamm“ ist ein Einschnitt in die Geschichte linker Kritik und Bewegungen in diesem Land; vielleicht sogar mit Auswirkungen auf Nachbarländer. Wie tief und nachhaltig dieser Einschnitt ist, das wird sich zeigen. Deutlich wurde aber: Es handelte sich ein Stück weit um jene Pluralität, die Bewegungen heute benötigen: Gegenseitige Bezugnahme aufeinander, gemeinsames Tun, aber auch Streit und markierte Differenzen; öffentliche Glaubwürdigkeit durch Argumente und scharfe Kritik. Hier fanden öffentliche und linke Lernprozesse statt, die vor einigen Jahren kaum für möglich gehalten wurden. Die Bewegungen sind, so scheint es, auch numerisch gewachsen, denn viele, vor allem junge Menschen haben sich hier erstmals politisch engagiert. Der Umgang mit den Parteien – insbesondere mit der Linkspartei – war entspannt und kooperativ. Insofern war der G8-Prozess in der Tat ein Kristallisationsmoment für eine breite Linke.

Zudem kann meines Erachtens im gesamten Prozess eine Politisierung nach links festgestellt werden. Überraschend war weniger die enorme mediale Präsenz von Attac, sondern die deutlichen anti-kapitalistischen Inhalte und die Bedeutung der Interventionistischen Linken (IL) im

Vorbereitungsprozess und auch in der breiten Öffentlichkeit – und zwar nicht nur als Objekt der Razzien, sondern als inhaltlich profilierter Akteur. Ikonisches Beispiel ist aus meiner Sicht, dass das ZEIT-Dossier am 31. Mai „Alt-Sponti“ Thomas Seibert porträtierte. Die Delegitimierung der Proteste ist nicht gelungen. Wer nur auf den Samstag schielt (siehe unten), unterschlägt die Breite und Intensität des langen Prozesses.

Die Globalisierungskritik hat also einen tüchtigen Schritt nach links gemacht und ist vom Establishment mehr denn je aufgenommen worden. Nach Heiner Geißler wäre nun Herbert Grönemeyer der nächste Kandidat auf eine Promi-Mitgliedschaft bei Attac, was wichtig für eine Verbreiterung der inhaltlichen Anliegen wäre. Der Kampf gegen die staatliche und publizistische Meinungsmaschinerie war in der Gesamtbilanz nicht zu gewinnen, doch es ist kräftig gepunktet worden und das könnte wirklich in eine Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse münden. Das bedeutet ganz allgemein, dass es herrschenden Kräften und Institutionen weniger als bisher gelingt, ihre Projekte und Politiken durchzusetzen und nach und nach alternative Projekte entstehen. Denn das steht an und ist das Ziel und ob sich die Möglichkeiten dafür verbessert haben, muss sich noch zeigen.

Zur Woche an der Ostsee selbst. Auf dem „Gipfel“ der Regierungschefs wurde Symbolik wirkungsmächtig: Dass hier die Weltenlenker zusammen kamen, die fünf andere wichtige Regierungen einbanden (Brasilien, China, Indien, Mexiko, Südafrika) und einige afrikanische Präsidenten hinzuholten. „Sehr her, wir steuern nicht nur die

Welt, sondern holen die aufstrebenden und am stärksten betroffenen Länder hinzu, um gemeinsam mit ihnen die Probleme zu lösen!“ Das war die message und die wurde auch transportiert. Die Bild-Zeitung erklärte die Bundeskanzlerin Merkel zur „Miss World“. Das war nicht zu vermeiden, denn die Inszenierung eines „erfolgreichen G8-Gipfels“ war zu gut geplant – inklusive krasser Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen im Vorfeld, damit es dann auch wirklich etwas zum Versöhnen gab - und die meisten Medien machten eben mit. Dennoch kam hinsichtlich der breiteren gesellschaftlichen Einschätzung durchaus „Unterstützung“ vom G8-Treffen selbst. Die unverbindlichen Ergebnisse wurden durchaus kritisiert und unterstrichen die politische Kritik der Protestierenden. Jean Ziegler's Prognose bei der Eröffnungsveranstaltung des Alternativkongresses, dies werde der letzte G8-Gipfel sein, wird sich dennoch nicht bewahrheiten.

Neben der Demo, den drei thematischen Aktionstagen und vielen Einzelaktionen waren die Blockaden am Mittwoch und Donnerstag der Kern der Proteste in der Woche selbst. Sie waren wirkungsvoll durch die konkrete Behinderung und die produzierten Bilder. Etwa 13.000 Menschen nahmen an den Blockaden teil, die insgesamt hervorragend organisiert waren (die meisten im Rahmen der „Block-G8“-Initiative.). Allerdings mangelte es den Blockaden an inhaltlicher Ausstrahlung, die auch schwierig herzustellen war. Der mit fast 2.000 Teilnehmenden große, aber medial natürlich nicht so wichtige Alternativkongress war eine wichtige Ergänzung. Am stärksten inszeniert war das große Pop-Konzert am Ende

des G8-Gipfels, um die „Stimme für Afrika“ zu erheben und zu dem Herbert Grönemeyer „eingeladen“ hatte. Pop-Polit-Profis wie Bob Geldof und Bono nutzten diese Bühne für eine enorme mediale Aufmerksamkeit (und auch ein wenig für sich selbst).

Neben den genannten Dimensionen wurde die ambivalente Bedeutung der breiten („bürgerlichen“) Öffentlichkeit deutlich. Zum einen wurde wie selten zuvor über die Anliegen der linken Bewegungen und NGOs informiert: über vielfältige Triebkräfte und Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung, über konkrete politische Kampagnen und Alternativen. Zum anderen war die Berichterstattung teilweise sinnentstellend und setzte immer wieder auf Spaltung – die Meldungen der Polizei ohnehin, aber auch die vieler Medien. Herausragende Beispiele sind der von der DPA weit verbreitete angebliche Aufruf von Walden Bello „wir müssen den Krieg in diese Demonstration tragen“, was er weder gesagt hatte, noch so übersetzt wurde (vgl. die Chronologie eines Zitats bei www.stefan-niggemeier.de), sowie die unverschämten Berichte der Polizei über angebliche gewaltbereite und Steine werfende DemonstrantInnen am ersten Tag der Blockaden am Mittwoch. Der beschriebene Sachverhalt könnte jedoch einen positiven Effekt haben. Denn es wurde deutlich, dass auf eine breite „Öffentlichkeit“ nur begrenzt zu setzen ist, wenn sich die Staatsmacht symbolisch wirklich angegriffen fühlt. Die Medien glauben allem mehr den Polizeiberichten. Dies könnte eine Dynamik auslösen hin zu noch stärkerer unabhängiger Berichterstattung, die in den Mobilisierungen auf Heiligendamm hin wichtig und gut war. Und zu einem noch kritischeren Umgang mit der „breiten Öffentlichkeit“, die gleichwohl entscheidend bleibt.

Die Proteste samt ihren langen Vorbereitungsprozessen sind vorbei und nun stehen wir mitten drin: In der Auswertung, aber vor allem hinsichtlich der Frage des „wie weiter?“. Inwiefern ordnet sich das (gesellschaftliche wie linke) politische Feld neu? Inwieweit wird der G8-Prozess nun wirklich zu einem Prozess der Rekonstitution der Linken im Hinblick auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen?

Poner el cuerpo heißt es in den Bewegungen Lateinamerikas - den Körper

einsetzen, allgemeiner: etwas riskieren. Das ist der Fall im Moment des Protests und möglicher Konfrontation, und diese Erfahrung muss übertragen (nicht als persönliche, sondern als kollektive) und ausgeweitet werden auf die Gesellschaft, d.h. als Entwicklung rebellischen Bewusstseins, der praktischen Kritik der Verhältnisse entlang vielen Konfliktlinien, beim Aufbau alternativer Strukturen und der Veränderung bestehender Institutionen. Die schwierige „Übersetzung“ der jüngsten Mobilisierungserfahrungen in die Tagespolitik und in den Alltag – das steht nun an. Das politische Establishment, darüber dürfen die dynamischen Mobilisierungen nicht hinweg täuschen, muss immer noch recht wenig auf Kritik und sozialen Proteste reagieren. Und diese müssen sich in einem Klima von zunehmender Konkurrenz und Angst entwickeln, was einen großen Unterschied zur Entwicklung einer Protestkultur vor vierzig Jahren darstellt. Gleichwohl müssen auch mit „Heiligendamm“ soziale und politische Resonanzen erzeugt werden, die dann zu Dissens, kritischem Nachdenken und Handeln führen.

Bevor ich auf mögliche Zukünfte und anstehende Diskussionen komme, ein paar Bemerkungen zur Demonstration und einem damit verbundenen politischen Problem.

„Gewaltfragen“ und vor-schnelle Spaltungsaufrufe

In den Tagen nach der Demonstration am Samstag gab es heftige interne und öffentliche Diskussionen um die Rolle physischer Gewalt, die von Bewegungen ausgeht. War es zuerst die Aggression des „Schwarzen Blocks“, antwortete dieser auf Provokationen der Polizei, hätte die Demo besser von den OrganisatorInnen „gesichert“ werden müssen, um das Steinewerfen zu verhindern? Fast erleichtert ging dann am Donnerstag die Meldung rum (groß bei Spiegel online und in der taz), dass offenbar ein Polizei- oder BND-Provokateur bei den Blockaden am Mittwoch anfangen wollte, mit Steinen zu werfen, enttarnt wurde und dann zur Polizei überlief und dort abtauchte. Mit großem Applaus wurde die Äußerung von Susan George von Attac Frankreich bedacht, dass

die Ausschreitungen am Samstag der Regierung in die Hand spielten, denn so konnte sie die enormen Ausgaben und all die Maßnahmen zum Ausbau der „inneren Sicherheit“ rechtfertigen. Wenn es diese nicht gegeben hätte, so George, hätte die Regierung die offene Konfrontation samt den Bildern produzieren müssen.

Die Polizei hat bereits im Vorfeld die Proteste kriminalisiert und bei der Demonstration sowie bei den Blockaden bewusst provoziert – das wird nach zahlreichen Berichten immer deutlicher. Bei der Demonstration selbst hat sie wohl nicht „angefangen“, aber nach Beschreibungen sehr vieler ohne Not kräftig geprügelt. „Deeskalation“ war das sicherlich nicht. Polizei und Regierung hatten offenbar eher Interesse an Bildern einer eskalierten Demonstration (am Samstag) und weniger an eskalierenden Blockaden während des G8-Gipfels am Mittwoch und Donnerstag. Das mag auch damit zusammen hängen, dass Letztere die mediale Aufmerksamkeit von der Gipfelberichterstattung abgezogen hätte. Neben das Foto von Merkel, Bush und Putin passten keine anderen Bilder. Dies alles muss im Zusammenhang des verstärkten Abbaus von Bürgerrechten und sozialen Rechten in diesem Land verstanden werden. Selbst ernannte „Sicherheits“-Politiker nutzten und nutzen die Proteste in Rostock und Heiligendamm dafür, um einen Ausbau des Sicherheitsapparates zu fordern. Sabine Christiansen nimmt den Ball publizistisch auf und stellt die Polizei als die „Prügelknaben der Nation“ dar. „Rostock“ wird längst von den herrschenden Medien und von staatlicher Seite instrumentalisiert, um ein politisches Programm durchzusetzen.

Der Aspekt der Aufrüstung Innerer Sicherheit und ihrer Legitimation bedarf der weiteren Analyse und Diskussionen. So wichtig diese Dimensionen sind: Die Bilder vom Samstag rechtfertigten nicht die Einschätzung, dass alles nur ein Unfall war von einigen Durchgeknallten oder ausschließlich eine Provokation der Polizei. Für die Einschätzung der Dynamik der Demonstration reicht die Analyse der Staats- und Polizeistrategien nicht. Es ging – in einer unglaublich zuge-spitzten Situation, denn das Ganze drohte zu kippen und niemand wusste, was nun bei den Blockaden am Mitt-

woch und Donnerstag passieren würde – um die Durchführung der Blockaden und um ein positives Image der Proteste. Die Interviews und Meldungen überschlugen sich: Distanzierungen allerorten, mit „denen“ nicht mehr, sogar die Bereitschaft der Denunziation der „Gewalttätigen“ durch einen Demo-Organisator. Kritisiert wurde mitunter auch eine „falsche Toleranz“ im Vorfeld, da die Frage physischer Gewalt nie gestellt worden sei, sondern im Ringen um ein breites Bündnis hinten angestellt wurde. Deshalb sei es zu einer Instrumentalisierung der friedlichen Proteste gekommen. Doch selbst wenn es expliziter thematisiert worden wäre, was hätte das praktisch bedeutet? Hätten die Autonomen nicht zur Demo zugelassen werden sollen? Mit etwas Abstand und zwischen den unterschiedlichen Spektren und in einer kritischen Öffentlichkeit sollte aber sorgfältig diskutiert werden. Um das klar zu stellen: Die Unverantwortlichkeit vieler Protestierender gegenüber anderen (gegenüber PolizistInnen und anderen Protestierenden) beim Steinerwerfen ist inakzeptabel – aus gesundheitlichen wie auch aus politischen Gründen. Die Ablehnung physischer Gewalt gegen andere Personen, wenn man selbst nicht bedroht ist, ist die bottom-line emanzipatorischen Handelns. (Man muss nicht gleich die Legitimität des staatlichen Gewaltmonopols stark machen, um „Autonomen-Gewalt“ zu kritisieren, wie Michael Jäger im Freitag, 8. Juni.)

Das interessanteste Moment nach dem Samstag der großen Demonstration war wohl, dass sich entgegen der Aussagen der Bewegungs-„RepräsentantInnen“ – inklusive der Forderung, die Blockaden abzusagen - die Basis nicht spalten lassen wollte. Und die Distanzierungen können nicht die politische Tatsache verdecken, dass ein breites autonomes Spektrum existiert, das Teil der Proteste ist. Die Autonomen haben sich nicht „drangehängt“ oder die Anti-G8-Mobilisierungen instrumentalisiert (allerdings einige von ihnen die Demo aus meiner Sicht sehr wohl), sondern waren Teil davon – und zwar ein ziemlich dynamischer. Die Frage ist nicht neu, aber eben relevant: Was steht hinter der als notwendig erachteten Konfrontation mit Staat und Kapital für eine Weltsicht und – noch

wichtiger - welche Erfahrungen drücken sich darin aus?

Es gab sicherlich viel situative und mackermäßige Lust auf Gewalt bei der Demo (vgl. ein anonymisiertes Interview in der taz vom 4. Juni), aber eben gewollt von anarchistischen und autonomen Gruppen. Dass sie damit die Anliegen anderer Spektren konterkarieren, scheint ihnen uninteressant. Insofern waren die gut gemeinten Versuche der Interventionistischen Linken, diese Spektren einzubinden, ein Versuch, der vielleicht scheitern musste. Ohne dass ich in die internen Debatten involviert bin, muss sich die IL fragen, ob sie nicht einem Absprachemythos aufgesessen ist. Hätte die Demonstration wirklich kontrolliert verlaufen können bzw. hätten sich alle in eine andere Demonstrationsdynamik einbinden lassen? Was im Vorfeld vielleicht auch gefehlt hat, waren Absprachen, wie man mit „Krawallen“ öffentlich umgeht, ohne dem Zwang zum spaltenden Bekenntnis zu erliegen. Es sollte auch nicht der Gefahr erlegen werden, ein „vernünftiges“ post-autonomes Spektrum (Teile der IL, wobei diffus ist, was das bedeutet) von „irrationalen“ Autonomen abzugrenzen. (Das ist alles nicht überheblich gemeint, sondern um ein Problem zu benennen, mit dem umgegangen werden muss!)

Der zentrale Widerspruch anarchistischer und autonomer Gruppen bleibt, dass sie nicht Teil des Spektakels sein wollen – was sie anderen Spektren mit deren Blick auf eine breite Öffentlichkeit unterstellen -, es aber bei solchen Aktionen definitiv sind und dass sie die Aufrüstung der Staatsmacht legitimieren, die sie bekämpfen wollen. Zudem scheint der Staat recht gut kalkulieren zu können, mit welchen Provokationen er bestimmte Spaltungen erzeugt. Das droht die Bewegungen und andere kritische Kräfte zu schwächen.

Dennoch: Eine Stärkung der Linken kann nicht darüber geschehen, dass apodiktisch für den Ausschluss autonomer Positionen plädiert wird. Ich vermute (ich weiß es nicht und will es auch nicht wissen!), dass Menschen im Schwarzen Block mitlaufen und vielleicht sogar agieren, die sich ansonsten in ähnlichen politischen Zusammenhängen bewegen wie viele der anderen Demonstrations-TeilnehmerInnen. Meines Erachtens müssen diese – keineswegs neuen – Sachverhalte in der

aktuellen Situation diskutiert werden. Das kann mit der Orientierung hin zu einer „post-autonomen Linken“ einhergehen oder anderweitig laufen. Es sollte aber nicht auf die „Gewaltfrage“ und jene der Instrumentalisierung reduziert werden; der Schwarze Block sollte nicht zum amorphen Gegenstand von Abgrenzungsdebatten werden. Wie kommen wir also darum herum, einen Teil der linksradikalen Szene, die eine lange theoretische und praktische Tradition hat, einfach auszugrenzen und einen politischen „Bruch“ zu fordern? Dann geht es um Einschätzungen, inwieweit über Öffentlichkeit bzw. Spektakel gesellschaftliche Verhältnisse verändert werden können. Jene (inklusive meiner selbst), die hegemoniepolitisch argumentieren, kommen nicht um die Tatsache herum, dass Hegemonie mit Zwang gepanzert bleibt und dass emanzipatorische Veränderung auch über Brüche geschieht. Ich selbst würde sagen, dass es durchaus um ein „reflektiertes Spektakel“ geht. Aber dabei sollte man ein positives Image in der Öffentlichkeit nicht mit dem Unterlaufen der bestehenden neoliberalen und imperialen Hegemonie und dem Aufbau alternativer Lebensformen verwechseln. Der Kampf um die Köpfe und Herzen ist komplexer und deshalb sollten die jüngsten Proteste auch keineswegs überschätzt werden. Die Kultur des Marktes, des an Konkurrenz orientierten Individualismus und die Kultur der Angst, die emanzipatorisches Denken und Handeln so schwierig machen, sind damit nicht beseitigt. Wie kann diesbezüglich die G8-Mobilisierung fruchtbar gemacht werden unter Einschluss linksradikaler Perspektiven (und in scharfer Abgrenzung von unnötiger physischer Gewalt gegen andere Menschen)? Ein wichtiges Feld der Kooperation könnte der Kampf gegen den Abbau der Bürgerrechte sein.

Wie weiter?

Ich komme zu keiner abschließenden Einschätzung, denn die Interpretation dessen, was der G8-Prozess war, ist Teil politischer Auseinandersetzungen und Imaginationen des Politischen. Mit Gramsci gesprochen geht es meines Erachtens um den Optimismus des Willens und den Pessimismus des

Verstandes, die dann auch zu der ambivalenten Einschätzung der Anti-G8-Mobilisierungen in diesem Artikel führen. Wo öffnen sich Räume, was muss geschehen? Die Politisierung und (Selbst-)Organisation von Menschen ist ein derartig vielfältiger Prozess, dass darüber nur begrenzt im Sinne eines „wie weiter?“ reflektiert werden kann. Daher erfolgen einige Bemerkungen für weitere Diskussionen in verschiedenen Spektren.

Mobilisierungen setzen darauf, auf sich selbst zu vertrauen. To make a difference. Und die durch Heiligendamm markierte Differenz ist enorm. Gleichwohl bekam dieser Prozess eine Schlagseite, den man als Bewegungsfetischismus bezeichnen könnte und der sich insbesondere in der Flugschrift G8extra repräsentierte. Es wurde der Eindruck erweckt, dass „wir“ nur stark genug sein müssen, um das kapitalistische System buchstäblich über den Haufen zu rennen. Kommunismus. Die Fokussierung auf außerinstitutionelle Bewegung machte in Zeiten der Mobilisierung Sinn, müsste aber meines Erachtens nun deutlich ausgeweitet werden (etwa um die Auseinandersetzungen um Studiengebühren oder gewerkschaftliche Kämpfe in Unternehmen), ohne einseitig auf Repräsentation zu setzen, sondern um das Selbst-Vertrauen weiter zu entwickeln. Die Rolle von NGOs und kritischer Wissenschaft spielt hier genauso eine Rolle wie die drängende Frage nach der Position der Gewerkschaften. Es geht daher um viel stärkere Verknüpfungen emanzipatorischer institutioneller wie außerinstitutioneller Strategien und Praktiken.

Damit verbunden muss die „Organisierungsfrage“ schärfer konturiert werden, in die eben die Erfahrungen der letzten Monate einfließen. Denn die Mobilisierungen nach Heiligendamm zeigten auch, dass und wie viele unorganisierte Menschen daran teilnahmen. Organisation läuft wahrscheinlich nicht immer nach dem durchaus erfolgreichen Modell von Ortsgruppen und bundesweiten Arbeitsgruppen wie bei Attac, aber es bedarf wohl schon der Anstöße und die lokale Gruppe übergreifende Zusammenhänge.

Eine der dringendsten Aufgaben linker Analyse ist etwas, das im Mobilisierungsprozess unterging. Es wurde kaum der Versuch unternommen, zu

einer Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklungen und Kräfteverhältnisse hierzulande zu kommen (deutlich etwa an der zentralen Mobilisierungsbroschüre „Die Deutung der Welt“ der Redaktionen von analyse & kritik, Fantômas, arranca! und so oder so). Ein Beispiel: Die abstrakte Rede von der notwendigen „antagonistischen Politik“ (in G8extra und insbesondere durch die IL) lässt, auch wenn man sie dauernd wiederholt, die Frage unbeantwortet: Was ist historisch-konkret der Antagonismus? Macht der Begriff Sinn oder peppt er einen unausgesprochenen Hauptwiderspruch auf? Das ist eine entscheidende Frage und deren – wohl keineswegs einheitliche – Beantwortung muss ein kollektives Unterfangen sein. Aus der Analyse der gegenwärtigen Situation heraus können Korridore und Felder politischen Handelns bestimmt und in unterschiedliche Praxen „übersetzt“ werden. Dazu gehört auch das diskursiv-symbolische Terrain.

Die inhaltlich-strategischen Probleme wurden etwa daran deutlich, dass es kaum eine emanzipatorische Besetzung des Themas Klima und Energie gibt. Die Orientierungen an Effizienzgewinnen und ökologischer Modernisierung, die von Regierungsseite propagiert werden, sind bis weit in die Linke hinein akzeptiert. Die einzige Kritik an der Klimapolitik ist, dass sie nicht weit genug gehe. Eine Verknüpfung der Umweltkrise, und hier paradigmatisch dem Treibhauseffekt, mit sozialen Krisen sowie Macht- und Herrschaftsfragen gelingt kaum.

Zur Frage von Öffentlichkeit und gesellschaftlicher Veränderung: Die Entstehung anderer Formen des Zusammenlebens und von Politik, neuer Produktions- und Konsumnormen bedarf der Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und damit auch der bürgerlichen Öffentlichkeit. Dennoch ist das Politikmodell „gute Öffentlichkeit = immer mehr Menschen werden überzeugt = so kann eine linke Hegemonie entstehen“ unterkomplex. Es geht nicht nur um gute Argumente sowie geistige und moralische Überlegenheit, sondern um Machtfragen, die höchst asymmetrisch gestellt werden. Radikalere Veränderungsvorstellungen sind aktuell in einer breiten Öffentlichkeit nicht vermittelbar. Deshalb sollten sie aber trotzdem weiterhin entwickelt

und gelebt werden. Was bedeutet das konkret? Wie konstituieren sich andere Lebensweisen und Politikformen, die mit den bestehenden brechen.

Im Anschluss an die oben angestellten Überlegungen: Wie kann man verhindern, dass eine breite und sich produktiv verständigende Linke in bestimmten Situationen instrumentalisiert wird? Was bedeutet „reflektiertes Spektakel“, das ja nur ein kleiner Teil jener vielfältigen Anstrengungen ist, Machtverhältnisse allerorten zu verändern und aufzulösen, Kräfteverhältnisse zu verschieben und konkrete Alternativen zu entwickeln?

Gefüllt werden muss hier auch, was man als „imperiale Leerstelle“ bezeichnen könnte. Inwieweit können in einer metropolitanen Gesellschaft wie der bundesdeutschen mit ihrer komplexen Integration in weltpolitische und -wirtschaftliche Zusammenhänge Lebensformen derart radikal verändert werden, dass sie weltgesellschaftlich verallgemeinerbar sind? Die Thematisierung der Klimaerwärmung und der energetischen Ressourcen öffnet hier Spielräume, die inhaltlich und politisch-strategisch gefüllt werden müssen.

Schließlich das Verhältnis zu Parteien. Eine Woche nach dem Ende der G8-Proteste bestimmte ein anderes Bild linker Politik die Medien: der Zusammenschluss von WASG und PDS zur Linkspartei. Auch auf diesem Feld wird die Pluralität weiter entwickelt werden müssen. Die Namensgebung der Partei „Die Linke“ stößt ob ihres begrifflichen Repräsentationsanspruchs vielen parteikritischen Linken auf. Dennoch spielen die Linkspartei und mit Abstrichen die Grünen (obwohl deren Instrumentalisierungs- und Profilierungsstrategie vielen zuwider ist) natürlich weiterhin eine wichtige Rolle. Wie kann innerhalb der Partei(en), in den Bewegungen und in der Öffentlichkeit ein Unterordnungsverhältnis vermieden werden? Der intensive Mobilisierungsprozess müsste der Partei gezeigt haben, dass die Bewegungen sehr eigenständig sind und sich nicht einbinden lassen. Doch es stehen auch inhaltliche Diskussionen an.

Eine Fixierung auf den Staat kann man der Bewegung insgesamt nicht vorwerfen (eine Bereitschaft zur Unterordnung unter eine Partei schon gar nicht), obwohl die Fokussierung von

G8, d.h. auf Regierungen, ambivalent bleibt. Die sich hoffentlich verstetigende und ausweitende Bewegung darf nicht in die Falle gehen, die über den Bezugspunkt der Mobilisierungen – G8 – sperrangelweit offen steht: Dass sich Politik zuvorderst doch am Staat ausrichtet, der „die“ Globalisierung bzw. ihre negativen Auswüchse regulieren soll, und nur hier die wirklich wichtigen Entscheidungen gefällt werden. Das wäre ein Rückschritt zu einem etatistischen Politikverständnis, das weder eine linke Partei noch linke Bewegungen als sinnvoll erachten können.

Exemplarisch für solch eine Falle ist ein Kommentar von Mathias Greffrath in der taz (6. Juni): Die Bewegung solle ihren Erfolg anerkennen, den aus seiner Sicht peinlich und unproduktiv gewordenen „rituellen Karneval“ symbolischer Proteste unterlassen und nun die Umsetzung durch die politischen Exekutiven vorantreiben. Der Staat soll's dann doch richten. Der Kommentar deutet darauf hin, dass diese Staatsillusion immer wieder durch die Hintertür hereinzukommen droht, obwohl klar ist, dass der globale Kapitalismus sich komplexer reproduziert. So wichtig der Hinweis ist, dass die Proteste der Vermittlung in gesellschaftliche Institutionen bedürfen, so wenig dürfte sich die Bewegung auf eine Perspektive einlassen, es gehe nun nur um den Druck auf die Regierung. Wäre das der Fall, dann würde Heiligendamm einen politischen Rückschritt darstellen.

Ulrich Brandt

Eine Kurzversion des Textes erschien in „analyse & kritik“, Juni 2007. Für Anmerkungen zu früheren Versionen danke ich Frauke Banse, Michael Brie, Oliver Brüchert, Moe Hierlmeier, Armin Kuhn, Caren Kunze, Jörg Nowak, Helen Schwenzen, Gerd Steffens, Heinz Steinert, Anne Tittor und Markus Wissen.

G8 - Wem gehört die Welt?

Globalisierungskritik 2.1 in der Rückschau auf den Gipfel 2007

Unter dem Slogan „Wem gehört die Welt?“ formulierte der Leitartikel des G8-Readers von Attac die Aufgabe für den Gipfelprotest 2007: Nur wenn wir die Aufteilung der Welt grundlegend in Frage stellen, ist die Verwirklichung sozialer und ökologischer Rechte weltweit möglich. Auch nach dem Gipfel ist dies der Kern einer Globalisierungskritik auf der Höhe der Zeit. Doch die offenbar gewordene Legitimationskrise des G8-Gipfels erlaubt eine kleine Aktualisierung.

G8: Mission failed

„G8 ziehen Rettung des Klimas in Erwägung, während Zehntausende sich entschieden widersetzen.“ So oder ähnlich ließe sich die Quintessenz von einer Woche Gipfelproteste 2007 zusammenfassen. Damit sind zwei wesentliche Tatsachen beschrieben: Die G8 sind zusehends nicht in der Lage, der Geister, die sie riefen, Herr zu werden. Und immer mehr Menschen sind zum entschlossenen Widerstand bereit gegen ein System, das viele Verlierer und nur wenige Gewinner kennt. Beides hängt miteinander zusammen, und es hat Bedeutung für die Rolle von Globalisierungskritik in der heutigen Zeit.

„Wir ziehen ernsthaft in Erwägung, die globalen Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 um die Hälfte zu reduzieren.“ Kein Satz bringt besser die Unfähigkeit der G8 auf den Punkt, ihren Anspruch als globale Problemlöser zu verwirklichen. Dieses Ergebnis als „Riesenerfolg“ zu verkaufen ist angesichts einer globalen Erwärmung, unter der schon heute große Teile der Menschheit leiden, die schon heute Millionen Klimaflüchtlinge produziert, schlicht und ergreifend nur noch zynisch und spricht für die desolate Lage

eines selbsternannten Gremiums zur Rettung der Welt. Auch die Ergebnisse des zweiten großen Gipfelthemas, Afrika, sind ein Witz angesichts der Lage der Welt – von den Vereinbarungen zur besseren Transparenz auf den Finanzmärkten ganz zu schweigen. Indem sich sie sich mit solchen hohlen Posen der Lächerlichkeit preisgaben, haben die G8 in kongenialer Art und Weise zum Erfolg des Protestes beigetragen. Im selben Maße, wie die G8 sich selbst demontierten, wächst die Unzufriedenheit und Ablehnung der G8. Mit der größten globalisierungskritischen Demonstration in Deutschland aller Zeiten und massenhaftem zivilen Ungehorsam – gerade auch von jungen Menschen – wird die Krise der G8 manifest. In dem Maße, wie die G8 ihre Unfähigkeit an den Tag legen, wächst die Bereitschaft, sich Form und Inhalt der G8-Politik zu widersetzen. Die Radikalität der Gipfelproteste hat damit auch in den Aktionsformen ihren Ausdruck gefunden. In diesem Sinne war der Gipfel eine doppelte Niederlage für die Gruppe der Acht.

Die Legitimitätskrise nutzen...

Max Weber hat einmal drei Quellen legitimer Herrschaft unterschieden: die legale, die traditionale und die charismatische Herrschaft. Spätestens seit Erfindung des Prinzips der Demokratie kann es nicht mehr als legal gelten, wenn 8 Regierungschefs über die Geschicke der gesamten Welt entscheiden. Auch die traditionale Form der Legitimität – es war schon immer so und wird auch immer so bleiben, so als wäre tatsächlich das Ende der Geschichte erreicht – haben die G8 mit den Protesten von Genua, bei denen die globalisierungskritische Bewegung mit

dem Slogan „Eine andere Welt ist möglich!“ auf den Plan trat, eingebüßt. Mit dem Gipfel von Heiligendamm haben die G8 nun auch ihre charismatische Legitimation verspielt: Mehr als 70 Prozent (?) der Deutschen halten den G8-Gipfel für eine überflüssige Veranstaltung (#war eine Forsa-Umfrage für Bild am Sonntag, und die Frage lautete, ob die Leute glauben, dass bei G8 konkrete Ergebnisse rauskommen ... – das ist eigentlich noch was anderes J).

Auch wenn es gelungen ist, die G8 in eine tiefe Legitimationskrise zu stürzen, so haben sich die Proteste hauptsächlich an der von der G8 gesetzten Agenda abgearbeitet. In der medialen Öffentlichkeit wurde nur die Klima- und Afrika-Heuchelei der G8 offenbar. Mit unserer grundsätzlichen Kritik unter dem Motto „Wem gehört die Welt?“ sind wir hingegen kaum durchgedrungen. Dies sollte jetzt aber gerade nicht Anlass sein, diesen Weg zu verlassen und sich lediglich auf die - nach wie vor wichtigen - offensichtlichsten Missstände zu beschränken. Denn die Legitimationskrise der G8 öffnet für die globalisierungskritische Bewegung ein einmaliges Fenster, Fragen an die globale Ordnung zu richten, die in das „Herz des Systems“ zielen. Dabei nimmt die Frage nach der Verteilung der Welt nach wie vor eine zentrale Stellung ein. Globalisierungskritik muss die herrschenden Besitzverhältnisse grundlegend in Frage stellen.

... und in die Offensive gehen

Die Erfahrungen und Ergebnissen der Gipfelwoche lehren uns dabei zweierlei und beiden Komplexen soll auf den kommenden Seiten in je eigenen Artikeln nachgegangen werden.

1) Die Legitimationskrise erlaubt es, und die Entschlossenheit der Proteste legt es nahe: Auf der einen Seite müssen die Ursachen der gegenwärtigen Besitzverhältnisse stärker in den Blick genommen werden. Immer mehr Menschen beunruhigt die Allgegenwärtigkeit des ungezügelten, globalisierten Kapitalismus. Daher müssen Fragen nach der Natur und der Wirkungsweise des modernen Kapitalismus in seinen verschiedensten Ausprägungen in den Blick genommen werden. Globalisierungskritik auf der Höhe der

Zeit ist ein Stück weit auch Kapitalismuskritik - ohne dass die zwingend in der Forderung enden muss, den Kapitalismus morgen abzuschaffen. Doch ohne eine grundlegende Analyse der Dynamik des vorherherrschenden Finanzmarktkapitalismus kann eine Beantwortung der Frage „Wem gehört die Welt?“ nicht zufrieden stellen beantwortet werden. In diesem Sinne muss überlegt werden, wie Attac sich in der Kapitalismuskritik deutlicher profiliert. Heinrich Piotrowskis Beitrag geht auf diesen Komplex genauer ein und arbeitet Detailfragen heraus.

2) Auf der anderen Seite bietet sich nun aber auch die Gelegenheit, mit unseren Forderungen stärker in die Offensive zu gehen und Eigentumsverhältnisse zu hinterfragen. Der Beitrag von Alexis Passadakis arbeitet die Notwendigkeit für eine Klimaschutzbewegung heraus und zeichnet Grundlinien einer Kampagne zur Zerschlagung der Energiekonzerne (im Sinne einer praktisch betriebenen Kapitalismuskritik) nach.

Attac hat durch die erfolgreiche G8-Mobilisierung viel Zuspruch gewonnen. Das in der breiten Öffentlichkeit vorhanden globalisierungskritische Bewusstsein wollen wir nutzen, um nach der politischen Sensibilisierung nun auch die nötigen radikalen Änderungen voranzutreiben.

Chris Methmann

Von der Globalisierung zur Kapitalismuskritik

Von neoliberaler Hegemonie zur antineoliberalen Grundstimmung

In den 90er Jahren galt der Begriff „Globalisierung“ als eine Rechtfertigung für neoliberale Politik. Weil die Märkte global sind, können Staaten nicht mehr machen, als ihren Standort für diese globale Märkte attraktiv zu machen. Globalisierung im Sinne ihrer ökonomischen Seite wurde als ein Prozess dargestellt, der schicksalhaft nur diejenige Politik zulässt, die die Gesellschaft nach den Interessen der Märkte gestaltet. Margaret Thatchers „There is no alternative“ wurde so zum Credo der herrschenden Politik.

Vor diesem Hintergrund wurden die sozialen Bewegungen in ihrer Anfangszeit als Anti-Globalisierungsbewegungen definiert. Allerdings waren die Kräfte, die die globalen ökonomischen Verflechtung prinzipiell abgelehnt haben, nie mehr als Randerscheinungen.

Der Begriff „No Global“, mit dem viele globalisierungskritische Gruppen am Anfang titulierte wurde, entstand als eine Mobilisierung gegen das „Global Forum“, ein jährliches, in Davos (Schweiz) stattfindendes Treffen der globalen Elite. Aus diesen Gründen war Attac in seiner Anfangszeit immer bemüht, das Etikett der „Globalisierungsgegner“ los zu werden und als „Globalisierungskritiker“ aufzutreten. Dies ist in der öffentlichen Wahrnehmung nun weitgehend gelungen.

Allerdings beschreibt Globalisierungskritik heute nicht mehr adäquat unsere politischen Inhalte, Aktionen und Konzepte. Deshalb müssen und wir unser Profil weiterentwickeln.

In den letzten Jahren hat es eine deutliche Verschiebung des öffentlichen Diskurses (also der Art des Denkens) über die Weltwirtschaft gegeben. In den 90er Jahren galt neoliberale, am Profit und an den Zwängen des Wettbewerbs orientierte Politik als alternativlos. Die Eliten standen geschlossen hinter diesem Programm und die Mehrheit der Bevölke-

rung akzeptierte diese Logik.

In den letzten Jahren – explizit seit der Zeit der Agenda 2010 unter der Schröder-Regierung und den Protesten dagegen – hat hier eine bedeutende Änderung eingesetzt. Die Mehrheit der Bevölkerung scheint immer weniger die marktorientierte Politik zu akzeptieren. Auch wenn oft sehr widersprüchlich und ohne eine deutliche Alternative, gibt es ein unüberhörbares Unbehagen über die Ungerechtigkeit, die auch angesichts des konjunkturellen Aufschwungs immer weniger akzeptiert wird. Die Debatte über die Zunahme von Armut ist in vielen Bereichen der Öffentlichkeit sogar bestimmend geworden.

Innerhalb der Eliten gibt es ebenfalls eine Veränderung. Die Entstehung der neuen Linkspartei war in dieser Form nur möglich, weil sie eine faktische Spaltung der SPD markiert. Innerhalb der etablierten Rahmen der parlamentarischen Politik ist eine deutlich hörbare Stimme gegen den Neoliberalismus entstanden, die die sozialpolitische Debatte teilweise bestimmt und bei



anhaltenden Wahlsiegen der Linken die anderen Parteien vor sich her treiben kann.

Veränderte Diskussionsinhalte in der Gesellschaft sieht man auch in den anderen Parteien. Nach der Heuschrecken-Debatte 2005 ist das Wort „neoliberal“ auch in der SPD zum Schimpfwort geworden. Die antineoliberale Grundstimmung erfasst auch die CDU, was die überraschend hohe Sympathie aus ihrer Basis mit dem Beitritt Heiner Geißlers zu Attac verdeutlicht hat. Auf der konzeptionellen Ebene war die Debatte um Gabor Steingarts Buch „Weltkrieg um Wohlstand“ und seiner Rezeption von besonderem Interesse, weil hier innerhalb der Elitendebatte eine ganz andere Linie deutlich geworden ist. Vor dem Hintergrund vom ökonomischen Aufstieg Chinas und Indiens wird hier ebenfalls eine sehr kritische Haltung zu freien Märkten auf globaler Ebene eingenommen und aus einer westlichen Dominanzperspektive

heraus werden soziale und ökologische Standards und weltweite Regulierung gefordert.

Am Sichtbarsten war die veränderte Elitendebatte im Rahmen des G8-Gipfels. Einige Öffentliche Erklärungen der Regierung und einige Spalten auf der offiziellen Homepage der G8 könnten von den Anfangsdokumenten von Attac abgeschrieben worden sein. Allerdings ist es wichtig, im Auge zu behalten, dass die neoliberale Politik dennoch weiterbetrieben wird, wie bspw. die wirtschaftspolitische Ausrichtung des neuen CDU-Programms zeigt. Sie ist nur verlangsamt worden. Radikal geändert hat sich jedoch die öffentliche Debatte.

Reichtum und Eigentum in Frage stellen

Drei Punkte sind zentral für diese Änderungen in der öffentlichen Debatte. Erstens das offensichtliche Scheitern der neoliberalen Wohlstandsversprechen. Die Realität weicht zu stark vom Versprochenen ab. Darüberhinaus gibt es zweitens eine reale Funktionskrise neoliberaler Institutionen. Das lange Stocken der WTO-Verhandlungen, ein faktisch arbeitsunfähiger IWF und auch die Krise im Prozess der EU-Verfassung sind einige Beispiele für das, was Walden Bello „Globalisierung auf dem Rückzug“ nennt. Und drittens wären diese Veränderungen ohne die Protestbewegung der letzten Jahre so nicht eingetreten. Das Auftreten der Armutsdiskussion im öffentlichen Diskurs lässt sich ganz genau auf den Beginn der Montagsdemonstrationen zurückverfolgen. Dieser Erfolg bringt Attac aber ein neues Problem. Attac hatte seine Dynamik daraus gezogen, dass es ein Stachel im Körper der Eliten war, das es et-

was Tabubruchiges formulierte. Wenn wir aber in wesentlichen Punkten nicht mehr richtig unterscheidbar sind von Teilen der Elite, ist die Notwendigkeit unserer Existenz nicht mehr richtig einleuchtend, es sei denn im Sinne einer NGO, die in den Eliten Lobbying betreibt.

Die Aufgabe besteht für uns darin, an der neuen Stimmung anzuknüpfen, unsere Kritik aber qualitativ weiter zu treiben, ohne uns dabei gesellschaftlich zu isolieren. Der Ansatzpunkt liegt in einer deutlichen Kapitalismuskritik, die sich auf die Fragen der Demokratie sowie der globalen sozialen, ökonomischen und ökologischen Rechte fokussiert. Der existierende globale Kapitalismus war nie Tabu bei Attac, nur wir müssen beginnen, konkrete Änderungen in seinen Abläufen und in seiner ökonomischen Erscheinungsform zu fordern und durchzusetzen.

Eine andere Welt ist nicht nur möglich - sie ist nötig!

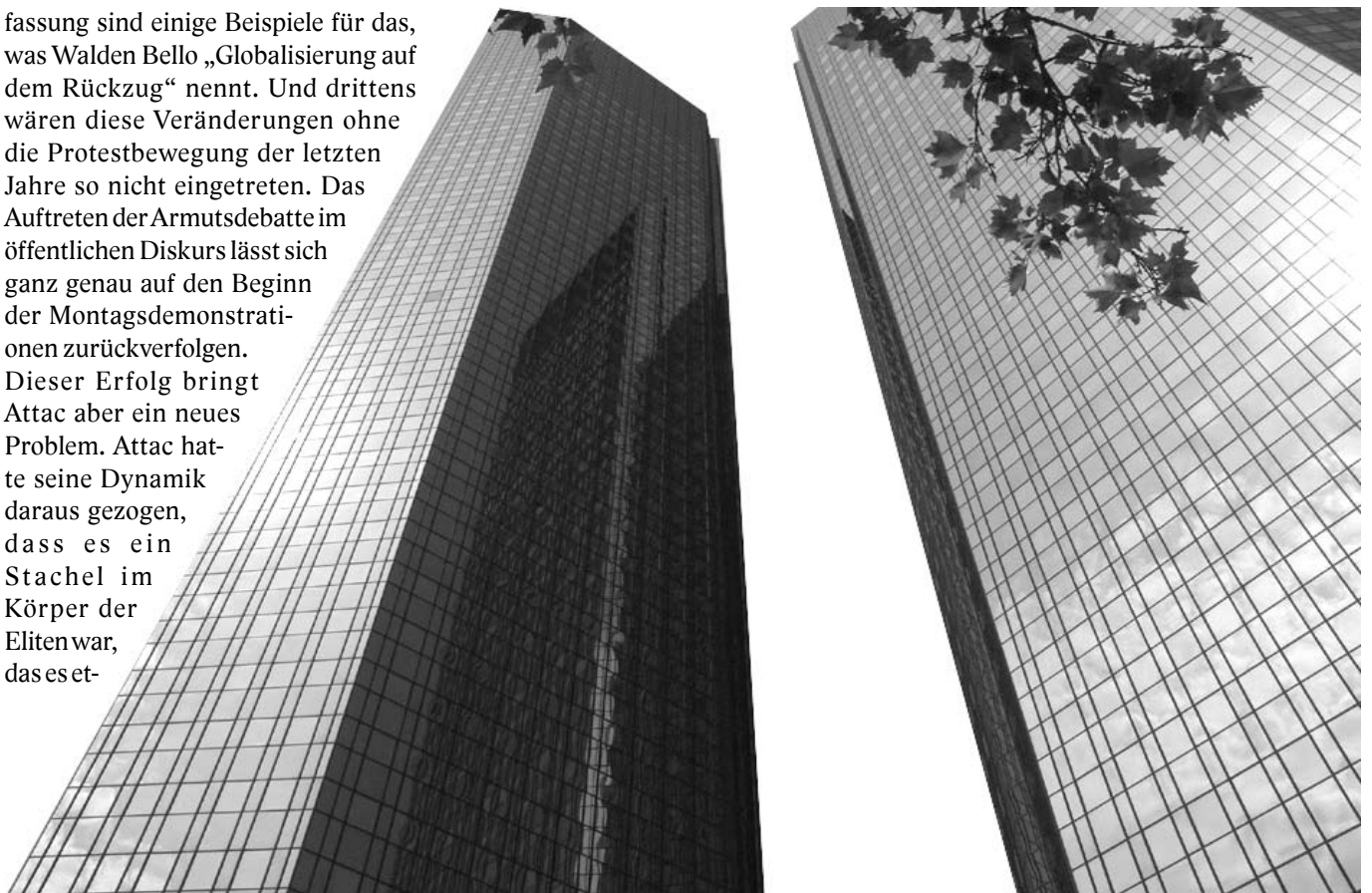
Die Weiterführung unserer Kritik sollte bei der allgemeinen Sensibilisierung für Armut ansetzen und den Blick auf den Reichtum richten. „Ich bin so arm, weil Du so reich bist“ hieß es bei Brecht.

In diesem Sinne

gilt es, die Reichtumsanhäufung zu skandalisieren, und zwar anhand ihrer Kehrseite: die Ausbreitung gesellschaftlicher Armut.

Wir als Attac müssten hierbei den Fokus auf die neuen Formen globaler Reichtumsakkumulation legen, die insbesondere in der Sphäre der Finanzmärkte ablaufen. Von besonderem Interesse sind hier die Formen der Kapitalkonzentration bei institutionellen Anlegern, wie z.B. die Hedge Fonds oder Private Equities. Diese neuen Akteure sammeln Unsummen, sie sind global mobil und auf der Suche nach möglichst schnellem und größtmöglichem Profit und dabei gesellschaftlich höchst destruktiv. Dabei geht es nicht darum, vereinfacht nur die Finanzmärkte zu dämonisieren. Diese neuen Akteure sind verflochten mit den großen Konzernen und Banken. Das Konglomerat aus institutionellen Anlegern und Großkonzernen gehört zu den zentralen Akteuren des heutigen globalen Kapitalismus, die in den Fokus der Kritik gehören.

Dabei geht es um mehr, als nur eine Umverteilung des Reichtums zu fordern. Diese Form von Kapitalkonzentration ist an sich ein Problem – weil unter deren Druck mehr und mehr gesellschaftliche Bereiche von jeglicher Kon-



trolle entzogen und rein nach Kräften des Marktes und des schnellen Profits organisiert werden. Dieser Tendenz wird am deutlichsten in der Politik der Privatisierung.

Es geht also darum, bestimmte Formen von Eigentum in Frage zu stellen, die im Rahmen ungezügelter Marktwirtschaft für die Allgemeinheit zerstörerisch wirken und zum Abbau demokratischen und sozialer Rechte führen. Es geht darum, einen definierten Bereich der Ökonomie als „öffentliches Gut“ zu betrachten, das allen Menschen zusteht – Gesundheit, Bildung, Kommunikation, Altersvorsorge, das Recht auf Wasser und einiges mehr.

Ein greifbares Beispiel hierfür ist die Energieversorgung. Die Profitorientierung der Energieversorgung auf dem Markt läuft zu Lasten der privaten Konsumenten. Für langfristige Investitionen in den ökologischen Umbau, der oft sehr große Summen benötigt und keinen schnellen Profit verspricht, gibt es in dieser Marktlogik keinen Platz. Die Energieversorgung hat sich im Rahmen der Privatisierung auch jeglicher öffentlicher Kontrolle entzogen. Auch unter Rot-Grün hat deren Lobby die Regierungspolitik diktiert, beim Energiegipfel war zu beobachten, wie offen sie mit Investitionsverweigerung drohen, einseitig auf Großtechnologie setzen und so der Regierung ihr Handeln diktieren.

Demokratisieren, Sozialisieren, Ökologisieren

Die wirtschaftlichen Bereiche, die für die Öffentlichkeit von besonderem Interesse sind – Bildung, Gesundheit, Energie und soziale Infrastruktur – sind erstens keine Privatangelegenheit und dürfen zweitens nicht nach den Gesetzen des Marktes organisiert werden. Hier muss es um die Rückführung aus der Privatisierung gehen, wir müssen Eigentum in Frage stellen und Enteignung fordern. Dabei geht es aber um mehr als Verstaatlichung im alten Stil des „realexistierenden Sozialismus“ – in der DDR gab es Verstaatlichung und dennoch keine demokratische und öffentliche Kontrolle.

Es geht also um eine Wiederaneignung im Sinne von Einführung maximaler öffentlicher Kontrolle. Hier gilt es, sich die Erfahrungen von Projekten, die mit erfolgreicher Kontrolle von



Unten praktizieren, anzuschauen, zu verallgemeinern und zu popularisieren. Enteignung von großem Eigentum muss verbunden werden mit den Richtungsforderungen für mehr Demokratie, einer ökologischen Wende und für das Recht auf eine soziale Infrastruktur. „Die Welt ist keine Ware“ heißt eine zentrale Parole von Attac – „Wem gehört die Welt“ muss hier nachgestellt werden. Wir müssen damit beginnen, stärker und offensiver die Perspektive einer solidarischen und demokratischen Organisation der Wirtschaft als zukünftige Alternative und konkretes Projekt zu diskutieren.

Heinrich Piotrowski

Nach der klimapolitischen Leerstelle in Heiligendamm: Energiedemokratie und die Enteignung der Stromkonzerne

Die G8-Beschlüsse zur Klimapolitik waren heiße Luft. Aber auch die Protestierenden hatten außer „Mehr CO2-Reduktion!“ nicht viel zu sagen. Nötig ist eine Positionierung, die die Eigentumsfrage bei der Energieproduktion stellt und das Wachstumsdogma thematisiert.

Die Mobilisierung: inhaltlich nicht elektrisierend

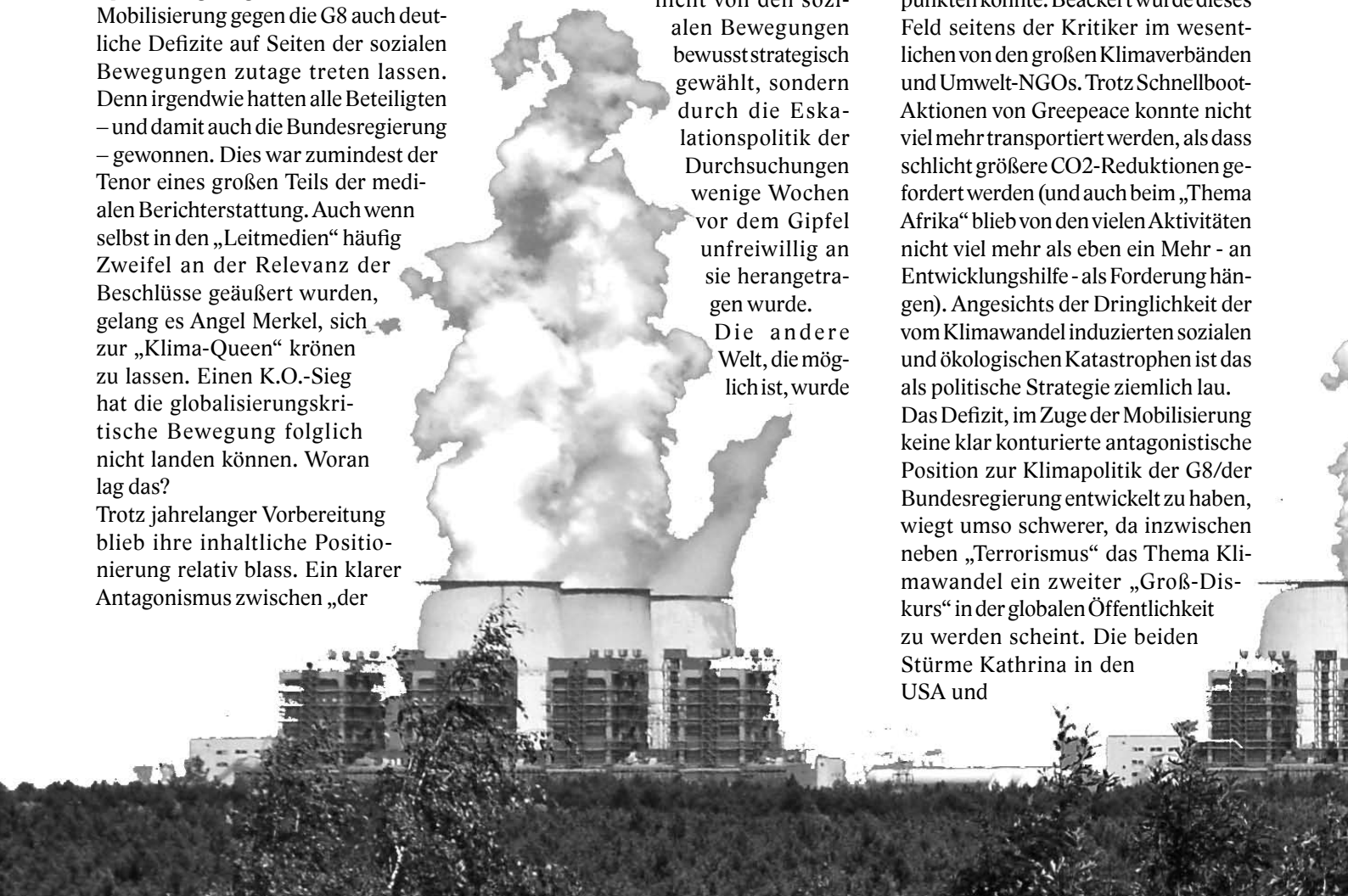
Jenseits der generellen und berechtigten Erfolgsbilanzen, die nach dem G8-Gipfel von den verschiedenen Spektren gezogen werden, hat die Mobilisierung gegen die G8 auch deutliche Defizite auf Seiten der sozialen Bewegungen zutage treten lassen. Denn irgendwie hatten alle Beteiligten – und damit auch die Bundesregierung – gewonnen. Dies war zumindest der Tenor eines großen Teils der medialen Berichterstattung. Auch wenn selbst in den „Leitmedien“ häufig Zweifel an der Relevanz der Beschlüsse geäußert wurden, gelang es Angel Merkel, sich zur „Klima-Queen“ krönen zu lassen. Einen K.O.-Sieg hat die globalisierungskritische Bewegung folglich nicht landen können. Woran lag das?

Trotz jahrelanger Vorbereitung blieb ihre inhaltliche Positionierung relativ blass. Ein klarer Antagonismus zwischen „der

Bewegung“ und der G8-Präsidentschaft konnte nicht aufgebaut werden. Auch deshalb gewann im übrigen das Thema Repression und Einschränkung der Bürgerrechte eine derart überragende Bedeutung – ein Konflikt, der nicht von den sozialen Bewegungen bewusststrategisch gewählt, sondern durch die Eskalationspolitik der Durchsuchungen wenige Wochen vor dem Gipfel unfreiwillig an sie herangetragen wurde.

Die andere Welt, die möglich ist, wurde

zwar hier und da (in den Camps) praktisch gelebt und beim Alternativgipfel diskutiert, blieb aber diffus und ohne Zuspitzung. Das rächte sich insbesondere beim Thema Klimawandel, bei dem das Bundeskanzleramt besonders punkten konnte. Beackert wurde dieses Feld seitens der Kritiker im wesentlichen von den großen Klimaverbänden und Umwelt-NGOs. Trotz Schnellboot-Aktionen von Greepeace konnte nicht viel mehr transportiert werden, als dass schlicht größere CO2-Reduktionen gefordert werden (und auch beim „Thema Afrika“ blieb von den vielen Aktivitäten nicht viel mehr als eben ein Mehr - an Entwicklungshilfe - als Forderung hängen). Angesichts der Dringlichkeit der vom Klimawandel induzierten sozialen und ökologischen Katastrophen ist das als politische Strategie ziemlich lau. Das Defizit, im Zuge der Mobilisierung keine klar konturierte antagonistische Position zur Klimapolitik der G8/der Bundesregierung entwickelt zu haben, wiegt umso schwerer, da inzwischen neben „Terrorismus“ das Thema Klimawandel ein zweiter „Groß-Diskurs“ in der globalen Öffentlichkeit zu werden scheint. Die beiden Stürme Kathrina in den USA und



Kyryll in Deutschland haben dem Klimawandel eine verschärfte Aktualität gegeben. Der seit dem Irak-Krieg kontinuierlich steigende Ölpreis und die Gaspolitik Russlands/Gazproms fügen dem weitere beunruhigende Aspekte hinzu. Es vergeht kaum ein Tag, an dem Klimakatastrophe und Energiepolitik nicht die Schlagzeilen prägen. Eine globalisierungskritische/kapitalismuskritische Positionierung zum Thema Klima-/Energiepolitik ist daher umso dringlicher.

Prima Klima? - Kein umweltpolitisches, sondern ein gesellschaftspolitisches Problem

Noch in der ersten Hälfte der 90er Jahre waren die Debatten über die Erwärmung des Klimas aus emanzipatorischer Sicht weiter als heute. Zahlreiche Akteure vertraten die Position, dass die Klimakatastrophe weniger durch (globale) Umweltpolitik zu bearbeiten sei, sondern dass das dominante fossilistische Energiesystem des Nordens herausgefordert werden müsse, indem Fragen zum herrschenden Konsum-, Produktions- und letztendlich zum Wachstumsparadigma zu stellen sind. Dies bedeutet eine konkrete Auseinandersetzung mit den konkreten machtvollen Akteuren, z.B. den Energiekonzernen, die dieses System aufrechterhalten. Stattdessen wurde von vielen NGOs der Fehler begangen, sich im Laufe der 90er auf den Kyoto-Prozess zu fokussieren. Damit einher ging die Reduzierung des Klimawandels auf ein Problem, das auf internationaler Ebene vertraglich zu lösen sei.

So ist es heute möglich, dass von staatlicher Seite umweltpolitische Lippenbekenntnisse bei Klimaverhandlungen gemacht werden, während gleichzeitig wie beim EU-USA-Gipfel in Washington im Mai 2007 die Liberalisierung des Luftverkehrs zwischen den beiden Wirtschaftsräumen („Open-Sky-Luftverkehrsabkommen“) als wichtiger Meilenstein gefeiert wird. Die EU-Kommission erhofft sich davon eine Steigerung der transatlantischen Passagierzahlen in den kommenden fünf Jahren um mehr als 50 Prozent(!). Und in der Bundesrepublik planen

z.B. die großen Stromkonzerne Eon, RWE, EnBW und Vattenfall mit dem energiepolitischen Argument der Versorgungssicherheit den Bau von bis zu 40 neuen Kohlekraftwerken. Die Energiepolitik der Regierungen und die Planungen der Konzerne bearbeiten den Klimawandel nicht nur nicht schnell und weitgehend genug. Sie schlagen weiterhin eine katastrophale Richtung ein.

In die Offensive: eine Kampagne für Energiedemokratie

Angesichts der desaströsen Klima- und Energiepolitik und vor allem Wirtschafts- und internationalen Handelspolitik der Bundesregierung, der EU, der Konzerne und ihrer Verbände ergeben sich drei Fragen, auf die eine neue energie- und klimapolitische Bewegung, die es ernst meint, Antworten finden sollte:

1. die demokratische Frage: Wie können wir eine demokratische öffentliche Energieversorgung erkämpfen? Enteignung, Demokratisierung, Dezentralisierung scheinen hier notwendige Schritte zu sein. Ohne die Machtfrage gegenüber den Konzernen zu stellen und eine demokratische Kontrolle der Energiesysteme zu erlangen, scheint eine Transformation zu einer CO₂-armen Ökonomie kaum möglich.
2. die ökologische Frage: Wie können wir den menschlich induzierten Klimawandel stoppen/begrenzen? Wie kann eine Transformation zu nicht-fossilen Energieträgern aussehen und können ökologische Desaster wie durch eine Ausweitung der Agrosprit-Verwendung absehbar vermieden werden? Wie kann - in Anknüpfung an die Diskussion in Attac über „Allmenden“ – eine Transformation hin zu Open-Source-Energien (Sonne, Wind, Erdwärme) bewerkstelligt werden?
3. die soziale Frage: Wie kommen wir zu sozialen Preisen und erträglichen Arbeitsbedingungen im Energiesektor? Wie kann eine Transformation angesichts der unsozialen Auswirkungen von Privatisierung, Liberalisierung und Kommerzialisierung in den vergangenen Jahren

sozial gestaltet werden? Und: Wie kann eine solidarische Energiepolitik aussehen, die insbesondere die ärmsten Bevölkerungsgruppen im Süden einerseits nicht Flut oder/und Wüste überlässt und andererseits das Globale Soziale Recht auf Energieversorgung als Basisdienstleistung für alle garantiert?

Energiedemokratie durchsetzen

Soziale Kräfte, die sich für eine alternative Energiepolitik einsetzen, sehen sich Oligopolen von Global Playern gegenüber, die das Rückgrat der globalisierten Ökonomie bilden. Über 80% der gesamten Energieerzeugung in der BRD liegen beispielsweise in den Händen der vier großen Stromkonzerne. Bei den Bohrinselfbetreibern, die von der gesteigerten Nachfrage nach Gas und Öl profitieren, kommt es zu neuen Zusammenschlüssen, wie der Mega-Fusion von Transocean und Global Santa Fe (Marktwert 53 Mrd. \$). Eine sozial-ökologische Transformation der Energiewirtschaft ist daher nur denkbar, wenn die Macht der privatkapitalistischen oder staatskapitalistischen Managerkasten (z.B. des schwedischen Staatskonzerns Vattenfall) der großen Energiekonzerne gebrochen wird. Die Forderung nach Energiedemokratie setzt genau an diesem Punkt an. Effektiver demokratischer Kontrolle muss allerdings eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse und eine weitreichende Dezentralisierung vorausgehen. Die Enteignung der großen Konzerne ist in diesem Kontext ein zentraler Schritt. Enteignung ist dabei allerdings nicht mit „Vernationalstaatlichung“ gleichzusetzen, sondern eng an Konzepte von möglichst direkter Demokratie zu koppeln. In diesem Sinne müssen auch die obrigkeitstaatlichen Verwaltungen, die die – sich im „öffentlichen Eigentum“ befindlichen – ca. 400 deutschen Stadtwerke besitzen, „enteignet“ und in BürgerInnen-Kontrolle überführt werden. Weltweit gibt es genügend Beispiele (z.B. den Energieversorger von Sacramento: SMUD - www.smud.org), wie Ansätze von Energiedemokratie möglich sind.



Die G8-Klima-Deklaration in Kürze:

Bestätigt wurde in Heiligendamm, dass künftige Klimaverhandlungen im Rahmen der UN stattfinden sollen. Dies wurde als großer Erfolg gefeiert, obwohl erst zwei Jahre vorher beim Gipfel in G8-Gleaneagles fast wortgleich dasselbe beschlossen worden war. Neu ist, dass bei der UN-Klimakonferenz in Bali Verhandlungen über einen Post-Kyoto-Vertrag geführt werden sollen. Bis 2009 sollen diese beendet werden. Was dabei herauskommen wird ist natürlich völlig offen. Konkrete Vereinbarungen zur Reduktion von CO₂ gab es nicht. Stattdessen sollen die Beschlüsse der EU, Kanadas und Japans die CO₂-Emissionen bis 2050 um 50 Prozent zu senken „ernsthaft in Betracht gezogen werden“. Bzgl. der Erwähnung erneuerbarer Energien gab es wohl einen unausgesprochenen Deal: Wenn sich die Bundesregierung bei diesem Thema zurückhält, dann würden die anderen darauf verzichten, die Atomenergie anzupreisen.

Der Klima-Teil der Deklaration für sich genommen ist bereits ein Desaster. Berücksichtigt man zusätzlich die übrigen Verlautbarungen zur wirtschaftspolitischen Agenda der G8, wird das Bild noch düsterer. Im Vordergrund ihrer Agenda steht ein offensiver weltwirtschaftspolitischer Kurs gegenüber den zunehmend ökonomisch potenteren Schwellenländern. Liberalisierung der Märkte, verschärfter Wettbewerb, Rohstoffsicherung und Wachstum sind dabei essentielle Elemente.

Phase II: Offensive Projekte angehen

Mit den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm ist die globalisierungskritische Bewegung in Deutschland endgültig angekommen. Mit der Gründung der Linkspartei hat es zumindest bei sozialpolitischen Fragen eine Verschiebung des politischen Spektrums nach links gegeben. Einer Umfrage vom Juli 2007 zufolge beurteilen 42 Prozent der Befragten in Deutschland die neoliberale Globalisierung als negativ. Dies alles bedeutet nicht, dass das Projekt zur „ökonomischen Alphabetisierung“ abgeschlossen ist, im Gegenteil: mehr davon ist nötig. Gleichzeitig jedoch ist die Phase der Globalisierungs“kritik“, die sich seit der Asienkrise (1997/98) und den Straßenblockaden von Seattle (1999) entfaltet, vorüber. Wir können und müssen darüber hinaus mit Alternativen in die Offensive gehen. Der erfolgreiche McPlanet-Kongress 2007 mit Beteiligung von Attac und ca. 2.000 TeilnehmerInnen deutet an, dass es auch bei ökologischen Themen zu neuen Dynamiken kommen kann.

Kampagnen, die Klimapolitik unter gesellschaftspolitischen Vorzeichen greifen und an die kritischen Debat-

ten der ersten Hälfte der 90er Jahre anknüpfen, würden auf einen fruchtbaren Boden fallen. Klima- und Energiepolitik vor einem solchen Hintergrund befasst sich mit sozialer (Nord-Süd-) Gerechtigkeit, Fragen von Eigentum und neoliberaler Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik genauso wie mit Emissionsreduktionsprozentzahlen.

Alexis Passadakis